

Die „Bergwerke“
erfolgen während 1 Jahr
und 12 Monate bis
Spedition, Name Bergwerke, A.
und durch Kolporteurs zu begleiten
Bergwerke überholbare Mif. 2.50.
pro Woche 20 Mif.
Durch die Post bezogen Mif. 2.50.
Post und Handels Mif. 2.50.
So kann man das Mif. 2.50.

Telephone
Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 1206.

Telephone
Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Nr. 194.

Breslau, Mittwoch, den 21. August 1912.

23. Jahrgang.

Bauer und Berg herr.

Ein Beitrag zur wirtschaftlichen Lage der
oberschlesischen Kleingrundbesitzer.

Man schreibt uns aus Oberschlesien:

Wer heute als Fremder in die ländlichen Gegenden des oberschlesischen Industriebezirks kommt, wo bisher Eisenerzbergbau betrieben worden ist, und die ungeheuren zerstörten und brachliegenden Decksflächen erblickt, muß sich unwillkürlich die Frage vorlegen: Wie ist es möglich, daß solche Zustände in einem „Kulturstaat ersten Ranges“ bestehen können?

So lange in Oberschlesien Bergbau, namentlich Eisenerzbergbau betrieben wird, ist derselbe auch auf dem innerhalb des Besitzes der sogenannten Grundherren oder der Gutsbesitzungen gelegenen bauernschen Besitzungen ausgeübt worden. Ob das bisher zu Recht geschehen ist, sollen die folgenden Ausführungen des näheren darlegen.

Das Recht zur Förderung und Anlegung der Eisenerze auf bauernschen Grundstücken wird von den sogenannten Grundherren allgemein und in der Hauptsache durch einseitige Vorbehalte in Anspruch genommen, die in den früher abgeschlossenen und gegen den Willen der bauernschen Interessenten zustande gekommenen Dienstablösungs- und Gemeintheitsstellungs-Rezessen Aufnahme gefunden haben. Die bezüglichen Vorbehalte lauten fast wörtlich wie folgt:

„Die Gutsbesitzung behält sich das Recht zur Förderung aller Mineralien und Fossilien, welche einer bergmännischen Förderung bedürfen, gegen vollständige Entschädigung der dadurch ruinierten Oberfläche vor.“

Wohlgemerkt: aller Mineralien und Fossilien, welche einer bergmännischen Förderung bedürfen! Hier kommt zunächst zweierlei in Betracht. Erstens gehören die Eisenerze in Schlesien überhaupt nicht zu denjenigen Mineralien und Fossilien, welche einer bergmännischen Förderung bedürfen und zweitens, selbst wenn dies der Fall wäre, steht nach wie vor, dem Grundbesitzer das Verpflichtungsrecht darüber zu.

Tatsächlich haben die sogenannten Grundherren überall dort, wo Eisenerze vorhanden waren und die fraglichen Rechtebestimmungen ihnen ein scheinbares Recht zur Aufsuchung und Gewinnung derselben einräumten, diese Erze auf bauernschen Grundstücken gefördert bzw. gegen hohen Förderzins von fremden Unternehmern fördern lassen. Die bauernschen Grundbesitzer haben sich mit der ihnen sehr lang zugemessenen Entschädigung für die ruinierte und zum Teil völlig devastierte Oberfläche begnügen müssen. Als einmalige Abfindung für Planierung ihrer Grundstücke, d. h. Wiederherstellung des früheren Zustandes, wurde ihnen dann der 20fache Betrag der bisher pro Jahr gezahlten Entschädigung — es sind durchschnittlich Beträge von 18 bis 30 Mark pro Jahr und Morgen und nur in vereinzelten Ausnahmefällen höhere gezahlt worden — zugestellt.

Dass die Zahlung des für die entzogene Bodennutzung ausbedungenen Entschädigungsbeitrages an den Grundbesitzer mindestens Zug um Zug mit der Besitznahme der Bodenfläche zu erfolgen hat, ist hier völlig unbekannt. Daher kommt es auch, daß die sogenannten Grundherren heute noch mit den Bauern Prozesse führen, wenn die an sich schon sehr geringe Entschädigung, die als Äquivalent für die durch die Erzförderung ruinierte Oberfläche gezahlt wird, noch weit geringer ist, als der normale Durchschnittsertrag, der unter gewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen herausgewirtschaftet werden kann.

Nach § 211a des preußischen Berggesetzes unterliegen die Eisenerze in dem souveränen Herzogtum Schlesien wie bisher dem Verfügungsberecht des Grundbesitzers und es sind die bestehenden Berechtigungen zur Gewinnung dieser Erze aufrechterhalten worden. Nun hat die Bestimmung der alten Schlesischen Bergordnung vom Jahre 1769 in Kap. I, § 2:

„Es verbleiben aber denen Dominus alle Eisenerze, sie mögen Namen haben wie sie wollen.“

Früher schon zu Streitigkeiten darüber Anlaß gegeben, ob die Gutsbesitzung ober oder ob der Grundbesitzer in der Regel Berechtigte sei. Die Rechtsprechung des früheren Preußischen Obertribunals — des höchsten damaligen Preußischen Gerichtshofes — hat sich konsequent in letzterem Sinne — also zugunsten der Grundbesitzer entschieden, Urteil v. 14. 2. 1834 (Präz. Nr. 45) Präz. S. Bd. 1 S. 300, v. 9. 6. 1852 Entf. Bd. 28 Seite 281, v. 8. 11. 1855 und 17. 10. 1859 Sitzethof Archiv, Bd. 28, S. 296, Bd. 35, S. 160.

Hier nach kann es keinem begründeten Zweifel unterliegen, daß die Gutsbesitzungen nicht ohne weiteres, sondern nur von Fall zu Fall und nur auf Grund besonderer rechtsgerichtiger Verträge zur Eisenerzförderung auf den bauernschen Grundstücken berechtigt sind.

Uebrigens wollen wir hier gleich einführen, daß die Bestimmungen des § 135 des Berggesetzes über die Feststellung der Gründenschädigung auf den Eisenerzbergbau überhaupt keine Anwendung finden. Urteil des Obertribunals v. 18. 10. 1878 Striehroth-Archiv Bd. 100, S. 250 S. f. S. 21, S. 512. Daraus folgt, daß derartige Streitigkeiten nicht nach den Bestimmungen des Berggesetzes, sondern nach den allgemeinen Rechtsgrundzügen über Schadensersatzansprüche zu entscheiden sind. Gegenwärtig schwiebt bei dem Landgericht Beuthen ein derartiger Prozeß, der deshalb von grundsätzlicher Bedeutung ist, weil darin erstmals auf Planierung der völlig zerstörten Grundstücke bezw. Wiederherstellung des früheren landwirtschaftlich nutzbaren Zustandes gestagt wird. Dabei ist die Frage, ob die Beflagten, die Grafen Hendel v. Donnersmarck, überhaupt zur Erförderung berechtigt waren, zunächst nicht berührt worden. Diese Frage wird demnächst zum Gegenstande eines besonderen Prozesses gemacht werden.

Eine so offensichtliche Uebervorteilung der bauernschen Grundbesitzer, ist nur in Oberschlesien möglich, weil bei Abschluß der Dienstablösungs-pp. Mezzese — in den Jahren von 1820 bis Ende der 1830er Jahre — in 99 von 100 Fällen die bauernschen Kontrahenten des Besitzes und Schreibens unkundig waren.

Dass den sogenannten Grundherren Sonderrechte nicht zustehen, bestätigt nachfolgende Untersuchung des „Berliner Tageblatt“, welche im Jahre 1905 zu dem Thema: „Das preußische Bergrecht und der Eigentümerbergbau“ folgendes ausführte:

Aus Hannover wird uns geschrieben: „Da seit den Tagen der Reg. Camp viel über die preußische Berggesetzgebung und deren Beziehungen zu der Provinz Hannover gesprochen und geschrieben worden ist, wobei an erster Stelle die Frage venialt wurde, ob der Staat dem Grundbesitzer die Verfügung über die in seinem Boden stehenden Kalisäcke nehmen oder wenigstens beschönigen würde, ist es dankbar zu begrüßen, daß ein gerade auf diesem Gebiete erfahrener Jurist, Justizrat A. Westrum-Celle, es unternommen hat, in einer sachlichen Darstellung der Rechtslage jeden staatlichen Eintritt in die in Hannover bestehenden Verhältnisse zurückzuweisen. Es wird von ihm ausgeschlossen, daß preußische Berggesetze enthalten, im wesentlichen nur eine Kodifikation bestehenden Rechts. Wollte man in Hannover jetzt das Recht dem Bergrecht unterstellen, so würde das nicht allein gegen das Versprechen, die Bewohner der Provinz Hannover bei ihren hergebrachten Rechten zu schützen, sondern auch gegen die preußische Verfassung verstossen. So gut wiehalt könnte man auch Petroleum, Kieselgäste, Mergel, Ton und jeden anderen Bestandteil des Bodens, dem Grundbesitzer überlassen. Es sei nicht zu verstehen, wie in einem Lande, in welchem dem Grundbesitzer auch nicht eine Quodlibat ohne Entschädigung und ohne Abwendung von Strafe und unter besonderen Kaufaten genommen werden kann, ernsthafte Vorschläge machen können, durch deren Ausführung manchem Grundbesitzer der halbe Wert seines Grund und Bodens geraubt würde. In der Lüneburger Heide gibt es Flächen, bei denen das Vierzigdritt aus Kaliverträgen gerade so hoch ist, als der sonstige Ertrag. Was würde man zu einem Gesetz sagen, welches die Bewohner eines Landestellts verpflichtete, 10 Prozent ihres Grund und Bodens unentgeltlich abzutreten? Wenn schließlich gesagt wird, dem Grundbesitzer gehöre doch von Rechts wegen nur die Erdoberfläche, nicht die Tiefe, so sei dieses Argument völlig gedankenlos. Von Sonderrechten ist nach den Ausführungen Westrums gar keine Rede. Es handelt sich vielmehr lediglich um die Konsequenzen des Eigentums, dessen Wert bekanntlich in neuester Zeit von den Unternehmern so scharf umworben wird.“

Auf welche Weise können sich nun die bauernschen Besitzer vor derartiger Ausbeutung in Zukunft schützen? Einfach dadurch, daß die geschädigten Grundbesitzer sich zusammenfinden und die ihnen im Laufe der Zeit entzogenen Eisenerze zurückfordern. Sie würden damit zweifellos dieselben materiellen Erfolge erzielen, die seinerzeit der Graf Hendel v. Donnersmarck-Beuthen O.S. gegen den Standesherrn Grafen Hendel v. Donnersmarck in Neudeck erzielt hat. Derselbe wurde verurteilt, alle vom Jahre 1813 bis 1844 bezogenen Ausbeuten von gewissen Gruben herauszuzahlen. Der Standesherr Graf Donnersmarck in Neudeck hätte damals eine ungeheure Entschädigungssumme zahlen müssen, wenn sich die Parteien nicht vergleichsweise auf die zum Streitobjekt zu jener Zeit verhältnismäßig geringe Summe von 2 Millionen Talern geeinigt hätten.

Die bauernschen Grundbesitzer Oberschlesiens sind nicht nur Nutznießer der Oberfläche, sondern sie sind auch — und das ist der natürliche und rechtl. Begriff — Eigentümer der Unterfläche und was diese art unterirdischen Schätze birgt, soweit leichter nicht als landesherrliches Vortrecht dem Fiskus geistlich vorbehalten sind.

Aus diesen Darlegungen ergeben sich alle weiteren Konsequenzen von selbst. — Nun noch zwei Fragen:

1. Diese traurigen Zustände müssen den erwähnten Volksvertretern Oberschlesiens aus eigener Anschauung bekannt sein. Haben die Herren bis jetzt auch nur das Mindeste getan, um denselben abzuheben? — Vor den Wahlen freilich macht man verheißungsvolle Versprechungen, aber nachher heißt es: „Ja, ihr lieben Wähler, wenn ihr etwas erreichen wollt, dann helft euch nur gefälligst selbst!“

Und die Herren haben wirklich recht: „Selbsthilfe ist das beste Abwehrmittel!“

2. Und was sagen die hohen und unteren Behörden hierzu, unter deren Augen sich dieses offenkundige Ausbeutungs- und Raubssystem anstandslos vollzogen hat und täglich noch vollzieht? ??

Und deshalb zum Schluss die eindringliche Mahnung: Kleingrundbesitzer Oberschlesiens, wahrt eure vitalsten Interessen durch engen genossenschaftlichen Zusammenschluß.

Politische Übersicht.

Das alte, frivole Spiel um die Fleischpreise.

Die Berliner Tageszeitungen bringen folgende Erklärung der Fleischhersteller:

Die durchaus ungenügende Verschickung des Schlachtwiehmarktes mit schlachtreifen Tieren hat zu einer großen Steigerung der Preise für Schlachtwieh aller Gattungen geführt. Für Rinder und Schweine müssen Preise gezahlt werden, wie sie noch niemals bezahlt worden sind und wie sie auch keineswegs dem Herstellungsvermögen der Ware entsprechen. Die Ursache des ungenügenden Verschickens der Schlachtwiehmärkte ist allein darin zu suchen, daß unsere Landwirtschaft nicht den erforderlichen Bedarf Schlachttiere liefert. Die Einfuhr aus reicherem Ländern ist aber zum größten Teil durch Verordnungen aller Art direkt unmöglich gemacht. Solange dieser Zustand fortduert, müssen die Preise für Fleisch und Fleischwaren weiter steigen und es ist nicht abzusehen, daß irgend welche Besserung dieser Verhältnisse eintritt.

Zugleich schreibt das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“:

Dass die Fleischpreise, besonders in den Großstädten, fast unerschwinglich hoch geworden sind, ist richtig. Voran das liegt, ist an dieser Stelle oft erörtert und ange deutet worden. Wir möchten aber die Frage auflösen, woher es denn kommt, daß man in Berlin und in den Vororten für ein Pfund Fleisch durchschnittlich 80 Pf. mehr zahlen muss als in einem Dorfe, das nur wenige Kilometer von einer Großstadt entfernt liegt. Wir möchten weiter darauf hinweisen, daß auch jetzt noch aus der Provinz Fleisch zu einem Preis bezogen werden kann, der zwar nicht niedrig, aber erträglich ist. Aber wie brauchen diese Dinge nicht zu wiederholen, da selbst in sozialdemokratischen Zeitungen neuerdings auf die unbegründet starke Spannung zwischen den Viehpriesten und den Fleischpreisen hingewiesen worden ist. Gehören die Dinge so weiter, dann werden schließlich die Gemeinden und die Staatsbehörden darauf bedacht sein müssen, durch angemäßige Maßnahmen gewisse unnuhle Zwischenstellen zwischen dem Viehhäuser und den Schlachtern zu beseitigen. Das blöde Gedanke, daß der Landwirt die Schuld an den hohen Fleischpreisen trage, sollte doch nun endlich verstummen. Glaubt denn im Ernst jemand, daß der Landwirt die Fleischpreise mache und bestimme?

In ähnlicher Weise äußert sich die „Kreuzzeitung“. Sie spricht von einer in oblosen Preisträberei und schreibt nach Wiedergabe einiger bereits bekannter statistischer Ziffern:

Der krasse Widerspruch zwischen Viehauftrieb und Preissbewegung ist also willkürlich. Und es muß endlich mit Energie der Besteuerungspolitik am Lebensmittelmarkt eingegangen werden.

Die „Kreuzzeitung“ hat dann allerdings die Sicht zu behaupten, daß Volk würde von der sozialdemokratischen Presse zu Gunsten des Großhändlers und Spekulanten irreführt, eine Lüge, die durch die oben wiedergegebenen Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ widerlegt wird. Die sozialdemokratische Presse hat nicht nur „neuerdings“, sondern schon längst auf die starke Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen hingewiesen. Die Forderung, daß die Kommunen die Fleischversorgung der Bevölkerung in die Hand nehmen sollen, gehört zum eisernen Bestand des sozialistischen Programms.

In Wahrheit hat die enorme Steigerung der Fleischpreise zwei Ursachen. Die eine ist die Fernhaltung ausländischen Viehs und Fleisches vom deutschen Markt, die andere ist die Besteuerung des Produkts durch den Zwischenhandel. Daraum verlangt die Sozialdemokratie die Sennung der Grenzen, Einfuhr ausländischen Fleisches und Zuführung der zur Verfügung stehenden Fleischquanten an die Konsumenten auf dem billigsten Weg.

Die Fleischverarbeiter nehmen inzwischen das alte, frivole Spiel wieder auf. Beide, Schuhzöllner und Zwischenhändler, schließen einer dem anderen die Schuld zu, die sie in Wirklichkeit gemeinsam tragen, um den eigenen Profit zu retten.

„Anwendung der Gesetze.“

Die konservative Presse schreit angeklagt der neuesten statistischen Angaben über die Entwicklung der Arbeiterbewegung nach neuen Ausnahmegerichten gegen die Sozialdemokratie. Aber die Leg. Wagner ist ins Wasser gefallen, der Reichstag hat sich gegen ein neues Buchhausgesetz ausgesprochen, und ehe die verschärfenden Bestimmungen des Strafgesetzentwurfs Gesetz werden, wird noch viel Energie aus konservativen Federkielen fließen. Also hilft man sich, indem man strenge Anwendung der bestehenden Gesetze verlangt.

Die Staatsanwälte sind zu bequem, die Richter zu schlapp — wahrscheinlich sind sie auch schon sozialdemokratisch angekränkt, sonst würde noch ganz anders angeklagt und verurteilt werden! „Die Sozialdemokratie steht außerhalb der Verfassung“, schreibt Verteil. 4½ Millionen deutscher Wähler, mehr als ein Drittel des deutschen Volkes stehen „außerhalb der Verfassung“. Das Gesetz gilt nicht für sie, jede Willkür ist gegen sie erlaubt.

Richter dürfen nachher „Post“ natürlich nicht sagen: „Ich verurteile dich, weil du Sozialdemokrat bist, das Gesetz ist mir egal“. Aber wozu haben die Richter das Stuhlt, wenn sie nicht die Verurteilung politischer Gegner zum Schein mit den bestehenden Gesetzen in Einklang bringen können? Und wenn durch solche Prozess Getroffenen sich zur Wehr setzen, dann verurteilt man sie eben wegen Beleidigung der Richter. Nichts ist einfacher als das!

Wahrschließlich nichts einfacher! Und es gibt auch kein sicherer wissendes Mittel, die „Autorität des Staates“ binnen kürzester Zeit bis auf den letzten Rest vernichten, als die Ausführung dieses konservativen Rezepts. Schon der Versuch der konservativen Presse, die Justiz gegen die Sozialdemokratie aufzuputzen, müssen auf ihr Ansehen im Volke wie Öl auf Wasser; bei jedem Urteil, das ungerecht und hart erscheint, wird man sich fragen müssen, ob es nicht die Frucht der von den Konservativen getriebenen parteipolitischen Hetze ist. Wohl fragt man den Richtern nicht zu, daß sie mit Abnützung gerecht urteilen, aber wenn sie gläubige Leser der konservativen Presse sind, können sich ihnen da nicht schließlich die Rechtsbegriffe verwirren?

Von den Reichsfinanzen.

Die Reichseinnahmen sind im Juli d. J. wenig günstig, wenn auch etwas besser als in den vorhergehenden Monaten gesehen. Die Gesamteinnahme seit Beginn des laufenden Staatsjahres stellt sich auf 541,39 Millionen Mk. Nach dem Voranschlag würde auf vier Monate des Staatsjahres ein Betrag von 539 Millionen Mk. entfallen; die tatsächliche Einnahme steht also nur um etwas über 2 Millionen Mk. über dem Staatsanschlag. Dieser Überschuss ist außerordentlich gering und verliert vollkommen an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß der Juli einer der günstigsten Monate für die Reichseinnahmen zu sein pflegt. Im Vergleich zum Juli 1911 ist bei einer ganzen Reihe von Einnahmequellen sogar ein erheblicher Rückgang der Einnahmen zu verzeichnen. Vor allem gilt dies von den Zöllen, die bisher nur 240,44 Millionen Mk. eingebraucht haben, während im Vorjahr Ende Juli ihre Einnahme bereits eine Höhe von 270,5 Millionen Mark erreicht hatte. Es ist also ein Minderertrag von über 30 Millionen Mk. gegen 1911 vorhanden. Die bisherigen Gesamteinnahmen dieses Jahres stehen ebenfalls erheblich hinter denen des Vorjahrs zurück, die Ende Juli 1911 561,4 Millionen Mk. gegen 541,4 Millionen Mk. in diesem Jahre betrugen.

130 Millionen Mehrausgaben für den Militarismus.

Eine aus dem Reichsschatzamt stammende Korrespondenz macht Mitteilungen darüber, wie der Überschuss der Reichseinnahmen aus dem Staatsjahr 1911/12 Verwendung finden soll. Es handelt sich um die ansehnliche Summe von 250 Millionen Mark. Über den Militarismus wird spielend mit dieser Viertelmilliarden fertig. Im nächsten Jahre schon werden 180 Millionen Mark von ihm verschlungen: Zu den früheren fortlaufenden Ausgaben treten zunächst die Wehrausgaben, welche für das Heer nach dem Friedenspräsenzgesetz von 1911 und für die Flotte nach dem Flottengesetz von 1906 im ordentlichen Etat schon zu gewährt waren. Sie belaufen sich für das Heer auf 18,8, für die Flotte auf 29,7 Millionen Mark. Dazu treten weiterhin an fortlaufenden Mehrausgaben aus Anlaß der Wehrvorlagen für das Heer 49 Millionen, für die Marine 7 Millionen Mark. Und endlich kommen dazu die durch die Gesetze zur Wiederherstellung des Reichsmilitärgesetzes und zur Ergänzung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres

vom Jahre 1911 sowie durch die Novelle zum Flottengesetz vom Jahre 1906 entstehenden einmaligen Mehrausgaben. Diese einmaligen Ausgaben stellen sich im nächsten Jahr für das Heer auf 52, für die Marine auf 22 Millionen, zusammen auf 74 Millionen Mark. Zusammen ergibt sich also eine Wehrbelastung des Heeres- und Marine- etats aus Anlaß der Wehrvorlagen im nächsten Jahre von 180 Millionen. Der dann noch von dem Riesenüberschuss verbleibende Rest von 120 Millionen wird schon sehr bald den gleichen Weg wandern. Der Militarismus war im Forderen nie verlegen. Für Veteranen und Invaliden aber alte Arbeiter über 65 Jahre bleibt dabei nichts übrig!

Von der Wehr.

Die bevorstehende Reise Wilhelms II. gibt manchem deutschen Militärschriftsteller Gelegenheit, sein Urteil über die Leistungsfähigkeit des von der Sozialdemokratie auch für Deutschland geforderten Militärsystems zu revidieren. So schreibt z. B. Oberst z. D. Brose im „Tag“:

Die Schweizer sind von altersther ein kriegslüstiges Volk, das haben sie in zahlreichen Kriegen, auch in fremden Ländern bewiesen. Neben diesen nationalen Eigenschaften sorgt eine auf die Kriegserfolgkeit gerichtete praktische Ausbildung, verbunden mit einer trocken demokratischen Gestalt vorzüglich. Disziplin, dafür, daß das schwedische Heer allein für die Verfestigung des Landes notwendigen Anforderungen entsprechen dürfte. Die Tüchtigkeit des einzelnen, hohen Selbstvertrauen und das Vertrauen aller zu den nationalen Heereseinrichtungen werden dem kleinen Heere eine Stärke geben, um die manche militärische Großmacht es beseitigen könnte.

Die Anhänger der stehenden Armee bekämpfen ja bekanntlich das Militärsystem nicht wegen seiner angeblich geringeren Leistungsfähigkeit, sondern aus ganz anderen Gründen!

Schönficht nach Brühl.

Im Montagsbeiblatt der „Deutschen Tageszeitung“ tritt ein alter Politiker für den Anschluß der freikonservativen und antisemitischen Splitter an die „große“ konservative Partei ein. Den Antisemiten ruft er zu:

Mögen die Kinder durch die offenkundige Tür in das konservative Rathaus zurückkehren. Daß sie ihre eigenen Rechte gehabt haben, ist an der konservativen Partei nicht sonderlich vorübergegangen, in Zukunft können die deutsch-pfälzischen Ideale aber doch am besten ja mit Erfolg nur noch innerhalb einer großen rechtsstehenden Partei gepflegt werden.

Von den Reichsparteilern aber weiß er zu sagen:

Gegen ihre Männer von Camp bis Liebhart ist im allgemeinen nichts einzuwenden. Die Partei als solche war mehr ein Kind der Tat als das einer abweichenden Herabsetzung. Wer da glaubte, ihm würde der Sieg leichter, der band das Wort „frei“ an die konservative Fahne.

Bei den letzten Reichstagswahlen sind für die konservative Partei 1 129 274 Stimmen abgegeben worden, für die Reichspartei 370 382, für Antisemiten, Landwirktümmler und dgl. 356 285 Stimmen. Zusammen zählt die Rechte 1 855 946 Stimmen, mit denen sie 71 Mandate errang — weit mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Mandatszahl, obgleich ihre Wählerzahl weit unter der Hälfte der sozialdemokratischen zurückbleibt. Ob durch einen engen Zusammenschluß eine weitere Verbesserung der Wahlchancen zu erzielen ist, bleibt fraglich. Zedenfels aber würde ein Zusammenschluß aller „aufbauenden Deutschen“, um einen Ausdruck des „alten Politikers“ zu gebrauchen, die Bildung einer einheitlichen Partei der Vornehmheit von Brühl bis Kreis, aufklärend wirken und könnte darum nur willkommen sein.

Staatsverhaltende Sitzung auf Gemeindelosten. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl in der westfälischen Kreisstadt Minden wurden zum ersten Mal sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt. Sie kommen aber ihr Amt nicht antreten, weil man nun mit einem Male „entdeckt“, daß die bisher stets übliche Ausschreibung der Wahl nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Bei der nun „richtig“ ausgeschriebenen Wahl siegen die gemeinsamen bürgerlichen Gegner auf Grund eines mit beispiellosen Mitteln geführten Wahlkampfes mit winziger Mehrheit.

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Holtei

Man lernt endlich Sach und Personen voneinander, sondern und sieht der Liebe zur Kunst gereue, ohne auf die Künster zu schwören. Das ist, wie Sie mich einen Käfer hier vor sich liegen, mein eigener Käfer gewesen. Als ich vor deiner vierzig Jahren, ein nummerierter Junge in Ihrem Alter, von der Universität zurückkehrte, gefiel mir das Höhleintheater ungemein besser als das anatomische. Wir besuchten damals noch keine Lebendkunst; rückende Schauspielerunternehmer wechselten mit ihren Truppen. Mein lieber Antoine, Sie merken es diesem grauen Kopfe nicht an, wie jäh heute noch die Namen Blithöft, Melour, Brückner, Schüler, Böheim, Tilly, Scholz und andere theatralische Bagabunden in meinem Herzen nachklingen! Wäre ich nicht zu dem Volle gehörig gewesen, welches im großen und allgemeinen das Bagabudentum für die ganze Erdkugel erachtet zu haben scheint. — (Zum Volle der Juden, meine ich) — Ich würde vielleicht der Neuzelinde entstehen, um auf der Bühne mein Unheil zu versuchen. Das Vorurteil ward mir keiner. Dennoch ging ich fleißig mit Schauspielern um und habe diesem Umgange viel zu verdanken; ja, wäre mir auch nichts davon verdächtig als die Erinnerung, die mich unendlich frisch erhalten für alles, was groß und schön bleibt im Gebiete jener Kulturreichheit. Dabei bin ich doch ein solider Arzt geworden, der seine Kranken ganz erträglich behandelt, wie Europa zeigt. Meinem Jugendumgang zum Trotz! Solchen Umfang hat auch seine Philistermitwelt dem großen Gottbold Ephraim Lepage vorgeworfen — während die Nachwelt gerade denselben Umgang Werke zuschreiben muß, die ohne ihn wahrscheinlich nicht entstanden wären. Das ist denn die Richtseite. Aber aus der Schottenseite erbliden wir die Neigung junger Männer, jum mit Schauspielern umherzuteilen, — und diese nimmt immer mehr überhand, je mehr die Schranken fallen, welche sonst den Romantikanten vom Leben trennen, — einer Neigung, die lediglich aus Langeweile, innerer Kühleit, dummet Überfülltheit, gesträger Armut entspringt. Im Cafésalon, ihrer hohen Schule, beim Billard oder Spieltisch, ihren Schauspielern nichts als pridieglieder Müßiggang, gedankenlose Lieder, Jagd, fadest Kulturreichtum und Kappelei. Ohne Begeisterung für die Kunst, ja ohne Teilnahme dafür, gehen sie nur auf die

Dass die Herren im Mindener Rathause Ursache haben, die Unwesenheit einiger sozialdemokratischer Rechte in ihrem Karfreitag zu schaffen, das läßt sich nach den Mitteilungen begreifen, die in der jüngsten Sitzung vorgebrachten gemacht werden müssen. Der sozialdemokratische Wahlverein Minden-Lübbecke hatte die Anfrage gestellt, was die Stadt zu tun gedenke, um die Überschreitung ihrer Befreiung zu ahnden, die sich eine Anzahl Stadtverordneter bei dem letzten Schützenfest anlässlich des sogenannten Königseßes durch die Aussage von Schätzungen erlaubt hat.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Rechtsanwalt v. Vorries bestreitet zunächst dem sozialdemokratischen Verein die Legitimation zu der Anfrage. Er mußte aber im übrigen zugeben, daß mit den im Etat als „Ausgabe für das Freiwilligen“ festgelegten Mitteln auf Kosten der Allgemeinheit seit Jahren unerhörter Missbrauch getrieben worden ist. Zu dem Schützenfest-Geschenk habe die Stadt stets etwa hundert Ehrenpreise ein. Nur die Mitglieder der städtischen Kollegien zahlen je 10 Mk. für die Teilnahme. Auf jedem Platz eines städtischen Vertreters liegen für Wein und Sekt, die von diesem ausgestellt sind und nachher von der Stadtkasse eingelöst werden, so daß die einzelnen Bons bis zu 14, 17, 20, 80, ja 85 Pfosten Sekt ausgestellt waren. Die Sache ist untersucht worden. Man hat „angenommen“, daß die Schuldigen „in guten Ständen an einen tatsächlich nicht bestehenden allgemeinen (!) Brauch“ gehandelt haben. Wie Herr v. Vorries weiter mitteilte, ist den Herren kein Zweck darüber gelassen worden, daß ihr Vorgehen als ein großer Unsinn zu bezeichnen sei. Die Herren haben sich genötigt, einen entsprechenden Betrag an die Stadtkasse zurückzuzahlen. — Damit ist die Sache erledigt. Die Herren, die in elektrischen Welle gegeilt haben, daß ihnen die zu ihrem Amt unentbehrlichen Qualitäten durchaus fehlen, bleiben im Stadtverordneten-Kollegium, und die Arbeitnehmervertreter bleiben draußen — wenigstens bis zur nächsten Wahl.

Und willst Du nicht mein Bruder sein? ... Ein deutsches Blättchen, die „Deutsche Zeitung“, macht auf eigene Faust nach dem Grundsatz: Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein. Die Bedrohten sind Holland und Belgien, denen nach langem Gerede über ihre neutrale Stellung in einem deutsch-französisch-englischen Kriege folgende Aussichten eröffnet werden:

Man darf aber wohl heute schon behaupten, daß ein deutsches Holland und Holland ihren Bestand nur im Falle eines englisch-französischen Sieges behaupten könnten. Siegt nämlich Deutschland — und der Fall liegt denn doch durchaus im Bereiche der Möglichkeit — so würde ein solcher Sieg den Habitus des deutschen Staates und des deutschen Volkes sicherlich in einem Grade verändern, daß vieles, was es heute noch schwer, unmöglich, frevelig erscheint, plötzlich ein anderes Gesicht bekäme und als durchaus ausführbar, ja geboten gelten würde. Dann würde die Entwicklung über die unerträgliche Haltung beider auf uns angewiesener Kinder voraussichtlich einen solchen Grad erreichen, daß alle erwachsenen Bedenken gegen eine Union verblassem würden vor einer Fortsetzung, einen hochgefährlichen Herd und Stützpunkt deutschfeindlicher Bestrebungen in Europa von Gründ auf zu erstören. Holland und Belgien würden dann aller Wahrscheinlichkeit nach als selbständiges Gebilde von der Landkarte verschwinden.

Die aldeutschen Narren haben zu wenig Bedeutung, als daß man ihr Geschwätz im Inlande besonders ernst zu nehmen hätte, aber im Auslande wird dieser Unsinn natürlich gegen die Deutschen ausgeschlagen und man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn sich die Folgen aldeutscher Großmäuligkeit für die Deutschen recht unangenehm bemerkbar machen.

Politische Kurse für Rekruten. Wie dem „Badischen Landesboten“ aus Mannheim gemeldet wird, werden die Rekruten von den Militärvereinen der Regimenter, in die sie eingesetzt werden sollen, vor dem Einrücken zu Kurien eingeladen, in denen sie „instruiert“ werden, wie sie sich zur Sozialdemokratie zu verhalten haben. Dieses Vorgehen soll von höherer Stelle angeordnet sein. Wenn die Rekruten dann zu ihren Regimentern kommen, müssen sie eine Karte vorzeigen, die von dem betreffenden Militärverein ausgestellt ist und angibt, wie oft sie sich an den „Instruktionen“ beteiligt haben.

Der „Badische Landesbote“ hebt ausdrücklich hervor, daß er an der Richtigkeit dieser Meldung nicht zweifele, sie stamme von gut unterrichteter Seite. Die Veranstalter dieser neuen Sozialistentüre dürften falsch kalkuliert haben, die politische Aufklärung der jungen Leute wird sich in den allermeisten Fällen gegen die Militärvereine und ihre Untermänner lehren. Der Sozialdemokrat kann das nur recht sein, sie profitiert auch hierbei.

Steuererträge. Aus den jetzt veröffentlichten Ergebnissen der Steuererklärungen in den Jahren 1910 und 1911 geht hervor, daß bei 325.699 Steuererklärungen, das sind über ein Drittel aller abgegebenen Deklarationen, über den Inhalt in Erörterungen eingetreten werden mußten und daß bei genau einem

wenige Tage. Schonen Sie sich noch. Unser Freund, der Arzt, will nicht sein. Er hat es mir heimlich gesagt. Das Geld, welches wir von Guillaume's Vorschuss erhielten, behalten Sie zurück. Sie müssen auch noch den Arzt honoriert — und reichlich: das sind Sie Ihrem guten Namen schuldig. Adieu ohne Adieu! Wir sehen uns bald wieder.

„So rasch, Adèle?“

„Sie lassen mir nicht Zeit, Ihnen zu danken.“

„Sie mir, Antoine? Wo ist? Ich bin es, die Ihnen zu danken hat. Aufgewachten unter Pferden — und Menschen, oft mal schlimmer als Pferde, ohne Erziehung, ohne Erkenntnis meiner selbst, habe ich ein elendes Dasein geführt. Als Kind schon eingewöhnt in alles, was gute Eltern ihren Kindern so lange wie möglich fernhalten, lebte ich ein leichtfertiges Leben, gleich den anderen. Nicht weil es mich reizte, — nur weil ich es sah und hörte. Ich fühlte mich nie glücklich. Man fand mich erträglich, man lobte meine Bravour, ich hatte Liebhaber, ich liebte keinen! Ich schwamm in Leidenschaft, mein Herz blieb leer. Bis ich Sie erblickte. Die Liebe für Sie, eine heilige, reine Liebe, füllte jene Leere eines ganzen nichtigen Lebens aus. Ich bin noch zu jung, Ihre Mutter zu sein; dennoch war etwas von der Liebe einer Mutter in die Empfindung gemischt, die Sie mir gaben. Sie lebten eine andere. Ich hörte mich fern. Sie wurden betrogen, — ich machte Sie frei. Vielleicht wußte ich eben genug gewesen, den Preis Ihrer Freiheit in Ihren Armen zu suchen. ... da trat ein Wunder zwischen uns. Der Tod berührte Sie mit eiserner Faust, als wollte er mich warnen: ehre du nicht an, was dir nicht beschrieben ist, was du nicht verdienst. Ich begriff diesen Wunsch. Ich gehörte Ihnen. Ich entfogte willig, aus voller Seele; ich wurde Ihre Schwester. Dass ich nichts weiter sehn und bleiben wollte, gelobte ich der Jungfrau Maria. Sie vernahm wohlfühlend dies Gelübde, denn kaum war es ausgesprochen, lebte Ihr Bewußtsein zurück, und von diesem Augenblick waren Sie außer Gefahr. So reich bin ich durch Sie geworden, und Sie wollen mit danken? Keine Silbe mehr davon! Nie mehr, mein Bruder! Lebe wohl!

Ihre Lippen berührten die meinen, und sie klagte mehr, als sie ging, die Treppe hinab.

Auf Wiedersehen in Dr., rief er ihr nach. Auf baldiges Wiedersehen!

Und auf Wiedersehen, gewiß! Lang es zurück.

Fortsetzung folgt.

Büret der insgesamt abgegebenen Steuererklärungen verfasst eine Rendierung der Einkommensteuer 13,7 Millionen Mark mehr veranlagt werden konnte. Diese nachträglich entdeckten Millionen verteilen sich wie folgt: Städte 9,9 Millionen, Landgemeinden und Gutsbezirke mit über 2000 Einwohnern 1,6 Millionen, andere Landgemeinden und Gutsbezirke 2,1 Millionen Mark.

Kameruner Sittlichkeit vor dem Kriegsgericht. Vor dem Kriegsgericht der 2. Garde-Division in Berlin stand heute eine Verhandlung gegen den Oberarzt Collin aus Kamerun statt. Der Oberarzt steht bei der Schuhtruppe. Als Zeugen waren eine ganze Reihe von Offizieren und Aerzten von der afrikanischen Schuhtruppe geladen. Noch bevor die Anklage zur Verlesung kam, stellte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichts-Rat Dr. Bernhold den Antrag, die Leisenlichkeit wegen Gefährdung der militärdienstlichen Interessen und wegen Gefährdung der Sittlichkeit auszuschließen. Das Kriegsgericht gab diesem Antrag auch statt. Es müssen also recht böse Dinge sein, die da aus der Kameruner Welt zur Sprache kommen! Die Verhandlung wurde nach kurzer Zeit vertagt, um weitere Beweiserhebungen vorzunehmen.

Musland.

Die Aufnahme von Kindern im Kampfe.

Man schreibt der "Wiener Arbeiterzeitung" aus Brüssel: Während großer wirtschaftlicher Kämpfe befindet sich in Belgien ein eigenartiger Akt von Solidarität. Um die Streikenden von der Sorge für ihre Kinder zu befreien und ihnen damit die Möglichkeit zu geben, im Kampfe auszuhalten, werden die kleinen in andere Orte, oft in eine andere Provinz gebracht, wo sie für die Streitzeit in Familien, die sich dazu bereit erklärt hatten, aufgenommen sind. Gewöhnlich versammeln sich die "Abkömmlinge" in den jugendlichen Volksstädten, sie ihre Schützbeschützten übernehmen. Für viele dieser Kinder ist damit die Zeit, die für ihre Eltern die bitterste Entbehrung brachte, zu einer Art Festzeit und "Ferien" geworden. Um ihren Vater und Mutter zu ersparen, hat man sie nicht nur behütet und gepflegt, sondern auch "verhätschelt". Und die Streikenden konnten kämpfen, hungrig, wenn es sein musste: ihre Kinder waren versorgt, brauchten keine Not anzusehen oder zu leiden. Man begreift, daß die belgische Arbeiterpartei zu den wichtigsten Vorbereitungen für einen etwaigen Generalstreik die Organisierung der Unterbringung von Kindern zählt. Ein Prädikum zu dieser Aktion ist ein Brief, den der "People" veröffentlicht, und der zeigt, daß es just nicht gerade die Reichersten sein müssen, die den Anfang mit der Verbürgung idealistischer Aktion machen. Um der Menschlichkeit willen, die aus ihm spricht, sei der Brief, den auch eine lebenswürdige Schlichtheit auszeichnet, wiedergegeben. Der Schreiber des Briefes hält den Generalstreik für unausweichlich und macht schon jetzt sein Angebot:

"Meine Frau und ich", schreibt er, "haben beschlossen, nach Maßgabe unserer Mittel zum Erfolg der Bewegung beizutragen, wenn das Bechen zum Kampfe gegeben werden wird. Sie würden mich dann nach verpflichten, wenn Sie die Person, die mit dieser Sache beauftragt ist, verständigen, daß wir bereit sind, gegebenenfalls zwei Kinder von Streikenden bei uns aufzunehmen. Wir besitzen vier Kinder einen Jungen von sechzehn Jahren und drei Mädchen von dreizehn, sechs und fünf Jahren. Man könnte uns zwei ganz kleine Kinder geben, meine Frau wird Ihnen die nötige Pflege angebieten lassen. Statt zweien wird sie eben vier Gesichtchen säubern. Bei Tisch wird man ein wenig zusammenrücken und für die zwei Neinen Brüderchen (oder Schwestern) werden sich zwei annehmbare Plätzchen zum Schlafen finden. Wir fühlen, welches Opfer es für die Eltern sein wird, sich von ihren Kindern zu trennen. Sie können daher auch vollkommen beruhigt sein, daß wir jenen, die uns anvertraut werden, alle körperliche und sonstige Pflege anteil werden lassen. Wir wohnen in einem gesunden Viertel, haben einen kleinen Garten und wohnen ganz nahe vom Lande. Unsere Sprößlinge sind nicht schlimmer als der Durchschnitt, wenngleich die zwei Jüngsten rechte Viergeister und Racker sind. Aber sie sind alle gutherzig und ich weiß, daß die kleinen Gäste bei Ihnen die beste Aufnahme finden werden, dank der Belebung, die wir Ihnen im Zusammenhang der Dinge über die menschliche Solidarität einschärfen werden."

Wie anders Klingt dieses von sozialem Bewußtsein inspirierte Dokument menschlicher Solidarität gegenüber der landläufigen dünnen oder prätigen Wohlstätigkeit, aus der man weniger das Herz des Menschen schlagen als seine Goldmünzen klappern hört...

Türkei.

Die albanische Gefahr.

Die albanische Frage ist mit einemmal zur Frage des Bürgerkrieges geworden. Die Albaner geben sich mit den Zugeständnissen der Regierung nicht zufrieden. Sie beharren vor allem auf der Auslieferung der Waffen und mindestens ein Teil der in Uesküb sich sammelnden Albanerscharen, die Nordalbaner, das wird in Konstantinopel selbst zugegeben, ist entschlossen, gegen Saloniki vorzurücken. Da jedoch die Südalbaner schließlich im Handeln stets mit den nördlichen Stämmen Gemeinschaft gehalten haben, steht die Türkei jetzt vor der Notwendigkeit, ihnen mit Gewalt zu begegnen. Die Besatzung von Adırısu, bedeutend verstärkt, ist angewiesen, die Vorläufer zurückzuwerfen. Nun sind zwar wahrscheinlich alle türkischen Zahlentage über die Stärke der Albaner übertrieben, nach albanischen Meldungen beträgt die Zahl der im Felde liegenden Albaner nicht mehr als 12.000 Mann. Gleichwohl ist bei der in Bulgarien, in Montenegro und namentlich unter den christlichen Einwohnern von Mazedonien herrschenden Stimmung die Gefahr dieses inneren Krieges die denkbar größte. Er bedroht unmittelbar den Bestand des türkischen Reiches.

Nach dem Einmarsch der Albaner in Adırısu wurden die Passagiere geschlossen. Infolge der Maßnahmen der Regierung wurden sie wieder geöffnet und die Ordnung hergestellt.

Gestern sollte in Uesküb eine Besprechung zwischen den Chefs der Albaner und Ibrahim Pascha stattfinden. Als die Albanerführer in Begleitung von 300 bewaffneten Albanern erschienen, forderte Ibrahim Pascha, daß die Waffen entfernt werden. Die Albanerführer zogen hierauf resigniert ab. Es heißt, daß Bevorsichtige gezeigt werden, die Albaner könnten die Waffendepots plündern. Diese sind von starken Truppenabschirmen bewacht. Die Baulen und die Handelshäuser stellen den Geschäftsbereich ein. Truppen bewachen alle bedeutenden Punkte der Stadt. Auf den umliegenden Höhen sind Geschütze positioniert. Es heißt, daß die Albanerführer gespalten seien. Hassan Peh soll die Al-

baner aus Uesküb flüchten, während Alaa Bey die Verteilung der Waffen unter die Albaner verlangt, während er die Waffendepots werde plündern lassen.

Die Pforte erfuhr, daß Montenegro die Reserveisten der Artillerie mobilisiere. Sie ordnete militärische Maßnahmen an, um einem plötzlichen Angriff vorzubeugen.

Es verlautet, wird der Sultan an den Großwesir ein Rechtstreit betreffend die Wahl zu richten und darin die Notwendigkeit bestimmen, daß sich die Kammer vor allem mit der Revision der Verfassung beschäftige.

Der türkische Ministerrat erwähnt augenblicklich die Über-

führung des früheren Sultans Abdül Hamid von Saloniki nach Konstantinopel. Wahrscheinlich soll Abdül Hamid in dem Palais von Beglerben am Bosporus interniert werden. Diese Erwägungen sind zweifellos bereits die Folge des albanischen

Vormarsches aus Saloniki.

Der erste weibliche Rechtsanwalt vor einem Militägericht. Obwohl der Oberstaatsanwalt ihr das Recht bestritten hatte, als Verteidiger zu wirken, hat Therese Labriola, die Tochter unseres verstorbenen Genossen, am 13. d. in Rom eine Verteidigung übernommen, und noch dazu eine solche vor dem Militägericht. Es handelt sich um einen Prozeß wegen Gehorsamsverweigerung und Insubordination gegen einen Soldaten, der seinem Sergeanten eine Ohrfeige gegeben hatte. Fräulein Labriola machte durch ihre Verteidigung, die sie erst mit offenkundiger Ereignis, dann aber mit beherrschter Ruhe und Sicherheit hervorbrachte, den Beweis zu führen, daß der Soldat im Zustande stark herabgesetzter Verantwortlichkeit gehandelt hätte. Sie führte aus, daß der von seinem Vorgesetzten gequälte Soldat sich in einer Seelenverfassung befunden haben müsse, die sich dem Zustande blinder Wut näherte, der nach dem militärischen Strafgesetzbuch Italiens die Bestrafung ausstreckt, und beantragte, den Angeklagten als im Moment der Tat teilweise geistesgestört anzusehen. Während der Staatsanwalt eine Gefangenstrafe von vier Jahren gefordert hatte, trat das Gericht der Klägerin bei und verurteilte den Soldaten zu acht Monaten Gefängnis, von denen die Hälfte schon durch die Untersuchungshaft abgezählt ist. Der von Fräulein Labriola bekleidete Platz und die an den Tag gelegte Geisteskrise zeugten ihrer lebhafte Glückwünsche der anwesenden Offiziere ein.

Der erste weibliche Rechtsanwalt vor einem Militägericht. Obwohl der Oberstaatsanwalt ihr das Recht bestritten hatte, als Verteidiger zu wirken, hat Therese Labriola, die Tochter unseres verstorbenen Genossen, am 13. d. in Rom eine Verteidigung übernommen, und noch dazu eine solche vor dem Militägericht. Es handelt sich um einen Prozeß wegen Gehorsamsverweigerung und Insubordination gegen einen Soldaten, der seinem Sergeanten eine Ohrfeige gegeben hatte. Fräulein Labriola machte durch ihre Verteidigung, die sie erst mit offenkundiger Ereignis, dann aber mit beherrschter Ruhe und Sicherheit hervorbrachte, den Beweis zu führen, daß der Soldat im Zustande stark herabgesetzter Verantwortlichkeit gehandelt hätte. Sie führte aus, daß der von seinem Vorgesetzten gequälte Soldat sich in einer Seelenverfassung befunden haben müsse, die sich dem Zustande blinder Wut näherte, der nach dem militärischen Strafgesetzbuch Italiens die Bestrafung ausstreckt, und beantragte, den Angeklagten als im Moment der Tat teilweise geistesgestört anzusehen. Während der Staatsanwalt eine Gefangenstrafe von vier Jahren gefordert hatte, trat das Gericht der Klägerin bei und verurteilte den Soldaten zu acht Monaten Gefängnis, von denen die Hälfte schon durch die Untersuchungshaft abgezählt ist. Der von Fräulein Labriola bekleidete Platz und die an den Tag gelegte Geisteskrise zeugten ihrer lebhafte Glückwünsche der anwesenden Offiziere ein.

Bevorstehende Unruhen in Irland. Londoner Blättermündungen zufolge hat die Regierung unsägliche Vorfälle getroffen, um der Drohung der Unionisten, im Ulstergebiete einen Aufstand in Irland zu führen, wirksam entgegenzu treten. Auch von der Kreisverwaltung ist alles in Bereitschaft gehalten, damit die Truppen im Ulstergebiet ohne Zeitverlust mobil gemacht werden können. Die "Daily Times" will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß in Dublin täglich Konferenzen zwischen den Militärbehörden und der Polizeiverwaltung stattfinden. Der Ausbruch des Aufstands wird für den 28. September erwartet, dem sogenannten "Ulsterstag". In Belfast und in anderen iranischen Zentren sind in der letzten Zeit bedeutende Waffentransporte eingetroffen, die fundin, wie ernst sich die Lage gestaltet hat. Fast in jeder Nacht finden militärische Übungen unter dem Befehl von Offizieren statt.

Die Aufstandsbegehung in Nicaragua. Eine Depeche aus Managua besagt, daß von den Regierungstruppen während eines kürzlichen Zusammentreffens mit den Rebellen 150 Männer getötet worden seien, während 400 Männer vernichtet werden. Die Truppen versuchten, die Aufständischen zu verfolgen, die bei dem Kampf getöteten worden waren. Durch das von den Insurgenten auf die Stadt eröffnete Bombardement sind das Haus des englischen Botschafts und die Büros der englischen Bank zerstört worden. Von den Einwohnern ist niemand zu Schaden gekommen. Alle Ausländer befinden sich am Leben, 2000 Bürger haben die Stadt fluchtartig verlassen. Sämtliche Hospitäler sind von Verwundeten überfüllt. Die Ordnung ist jetzt wieder hergestellt.

Schlesien, Böhmen und Nachbargebiete.

Zentrum und Polen

waren bisher, wie das bei der gemeinsamen katholischen Konfession nur natürlich ist, eng befreundet. Die Polen fanden ihre stärkste Stütze beim Zentrum und sie vergaßen die Hilfe durch treue Unabhängigkeit. Unter dem Einfluß des konservativeren Bündnisses hat sich diese Freundschaft gelockert. In Oberschlesien kommt aber noch dazu, daß dort Polen und Zentrum bei den Wahlen in schärfster Konkurrenz miteinander stehen. Das veränderte Verhältnis zwischen Zentrum und Polen kommt jetzt scharf zum Ausdruck bei einer Landtagswahl in Kreise Oppeln.

Dort sind bei den Landtagswahlen vor vier Jahren Polen und Zentrum gemeinsam vorgegangen. Gegen die Konservativen, deren Kandidaten mit 239 bzw. 231 Stimmen unterlagen, wurden mit 286 bzw. 294 Stimmen als Kompromisskandidaten der polnische Priester Kapicha und das Zentrumsmitglied, Rechtsanwalt Wodarz, gewählt. Abg. Kapicha hat bekanntlich vor kurzem wegen seines Konflikts mit der Polenpartei sein Mandat niedergelegt. Für die Erstwahl wurde von den Polen der fröhliche schlesische Gymnasiallehrer Prof. Dr. Stanislaus Karnowski, der jetzt Führer der Polen in der Böhmener Stadtverordnetenversammlung ist, als Landtagskandidat aufgestellt. Das Zentrum aber hat für die Erstwahl die Unterstützung der Polen abgelehnt.

Mit Zustimmung des Wahlkreiskomitees legte nunmehr Justizrat Wodarz-Oppeln ebenfalls sein Landtagsmandat nieder und es tritt der erst für die nächste Landtagswahl bestreitbare Kompromiß des Zentrums mit dem Deutschen Wahlverein sofort in Kraft. Wodarz wird wiederum als Zentrumskandidat aufgestellt. Es erscheint sicher, daß die Polen jetzt unterliegen und ihr Mandat verlieren.

Schweidnitz, 20. August. Pastor und Brautfranz. Der Schweidnitzer "Mitteldeutsche Freunde" schreibt: Ein außenseiterregender Vorsatz ereignete sich am vorigen Sonntag in der evangelischen Kirche zu Puschlau, Kreis Schweidnitz. Wie uns berichtet wird, saß dort die Trauung des Bahnarbeiters K. und dessen Braut statt. Da diese von ihrem Verlobten bereits zwei inzwischen verstorbene Kinder gehabt hatte und man wußte, daß der an der Kirche amtierende Pastor Clemens sehr orthodoxe Anschauungen habe, nahm man der Braut den Kranz ab, der sie Haupt schmückte, in der Kirche ab — bevor der Geistliche erschien. Nach Beendigung des Trauaktes wurde der Braut, die noch vor dem Altar stand, der Franz wieder aufgesetzt. Das sah der Pastor, der schon im Begriffe war, die Kirche zu verlassen, zu lächeln. Er lehrte um, eilte herzu, riß der Braut den Kranz wieder ab. Gewinde vom Kopfe und warf es weit durch die Kirche. Darauf bemerkte er: es sei eine Gemeinde habt, daß das Mädchen schuf; außerdem drohte er der Braut, welche der Braut den Kranz wieder aufgesetzt hatte, mit der Polizei...

Gefiehrt den Leuten, die nun einmal glauben, ohne den pastoralen Segen der Bund fürs Leben nicht schließen zu

können, ganz recht. Wie sich in Gefahr geahnt, kommt darum hin, heißt ein altes Sprichwort, und wer von einem orthodoksen Geistlichen in solchen Fällen Erziehungen erwartet, der hat sich eben getäuscht.

Schweidnitz, 20. August. Immer wieder ist dies nicht! Vor der heutigen Strafkammer stand am Freitag die Arbeitersfrau Anna Mendel aus Reichenbach wegen Diebstahl. Frau Mendel war vom Schöffenrichter in Reichenbach wegen Schleier zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden, wogegen sie Berufung eingelegt. Sie an sich ertragfähige Sache wäre vielleicht gar nicht vor die Richter gekommen, wenn nicht der eigene Hausvater der Angeklagten diese der Polizei übergeben hätte. Dieser hatte beobachtet, wie die Kinder der Angeklagten mehrmals kleine Quantitäten Holz nach Hause brachten, und obwohl ihn dies nichts anging, machte er von seiner Wahrnehmung dem Polizeibeamten Büchold doch Mitteilung. Bei der von diesem vorgenommenen Haussuchung wurde ein Sack mit Holz entdeckt, über dessen Gewicht die Frau wenig glaubwürdige Angaben machte. Die Beweisaufnahme entstellt wieder einmal ein trauriges Bild von der wirtschaftlichen Lage der unteren Volkschichten. Wie bereits in zwei früheren Diebstahlprozessen wurde auch hier wieder festgestellt, daß die bittere Not die Eltern feder der Straftaten zur Begehung der strafbaren Handlungen war. Die Angeklagte ist Mutter von acht Kindern, von denen sechs noch schulpflichtig sind, für die Nahrung, Kleidung und auch eine warme Stube beschafft werden sollen. Da der Mann arbeitslos war, so lag die ganze Last der Sorge auf den Schultern der Mutter, und es ist daher wohl zu verstehen, wenn sie die älteren Kinder auf die Sorge noch etwas Leichtsichtig schickte. Die Kinder hatten die Anklagebank. Das Reichenbacher Schöffenrichter hatte Schleier angenommen, die Berufungsinstanz erachtete jedoch Diebstahl für vorliegend. Obwohl der Staatsanwalt Berufung der Berufung beantragte, beschloß der Richter, auf Grund des neuen Gesetzes zum St.-G.-V. das Verfahren einzustellen. Der Richter erachtete für erwiesen, daß die Angeklagte aus Not gehandelt und daß das Holz nur einen geringen Wert repräsentierte.

Neurode, 20. August. Heute abgerissen. Der beim Klempnermeister Kutsch hier selbst beschäftigte Klempnergeselle Johann Kaminsky hatte in der Tannenhof-Ziegelei in Mittelsieben Dachdeckerarbeiten auszuführen. Als er gelegentlich den Maschinraum betrat, kam Kaminsky der Transmissions zu nahe. Dabei wurde er an der Wange erschlagen und als er sich am Rahmen festzuhalten suchte, herumgeschleudert, wobei ihm beide Hände abgerissen wurden, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Trachenberg, den 20. August. Selbst gestellt. Der Mörder des Dienstmädchen Skarabel aus Wolfsberg bei Trachenberg, der 18-jährige Führerseßling Sobantke, hat sich am Sonnabend abends in der Wohlauer Anstalt, wo er früher war, selbst gestellt. Die am Sonnabend nachmittag durch die Trachenberger Richterkommission in Gegenwart der Staatsanwaltschaft aus Oels vorgenommene Sektion der Leiche des Mörders legt Zeugnis ab von der entsetzlichen Roheit des Mörders. Ursprunglich muß ein heftiger Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattgefunden haben, darauf deutet mehrere schwere Verletzungen in der Magengegend. Sodann hat der Mörder mit seinem Messer dem Mädchlein an der linken oberen Halsseite die Schlagader glatt durchstochen und das Messer breit herabgedrückt, daß eine 8 Zentimeter breite Wunde entstand. Eine zweite, an der rechten Halsseite befindliche Wunde muß erst später beigebracht worden sein, da sie sehr wenig geblutet hat. Die Leiche wurde mit auf die linke Halswunde geworfen Händen aufgefunden. Diese Wunde hat die schnelle Verblutung des Opfers herbeigeführt.

Greifswader Schlachtfleischmarkt. Am 19. August er. Der Auftrieb betrug: 31 Rinder, 282 Schweine, 289 Schafe. Vergleich vom vorjährigen Markt: 29 Schweine, 40 Schafe.

Es wurden gezahlt für 50 Pfennig:

I. Rinder. A. Ohren.	Bebend. Gewicht:	Schlacht. Gewicht:
Vollfleischige, ausgemästete Rinder höchster Schlachtwerts, die noch nicht gebraten haben (ungezohnt)	48-51	84-89
Vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4 bis 7 Jahren Junges, steigende, nicht ausgemästete ältere ausgemästete Rinder	42-45	78-83
Wölfe genährt, junge, gut genährt ältere	36-39	72-75
Wölfe genährt, junge, gut genährt ältere	33	88-73
II. Schweine:		
Vollfleischige, ausgewachsene höchste Schlachtwerts	49-52	84-90
Vollfleischige Junges	44-47	79-84
Wölfe genährt, junge, gut genährt ältere	36-39	72-78
C. Kalben und Kühe:		
Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchster Schlachtwerts, älter zu 7 Jahren	48-50	84-88
Ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	43-46	80-85
Wölfe genährt Kühe und Kalben	35-40	70-80
Wölfe genährt Kühe und Kalben	31-33	66-71
D. Ferklinge genährt Jungfleisch (Fressen):	60-62	88-95
Doppelpflaster schwere Rind	64-68	98-105
Mittlerer Rind und gute Saugfleisch	56-60	97-103
Früherer Rind und gute Saugfleisch	51-54	94-95
Geringe Saugfleisch	37-43	74-86
III. Schafe: A. Stadtmäuse:		
Höchster Mausammel und jüngere Mausammel	43-48	86-90
Mittlerer Mausammel, geringere Mausammel und gut genährt jüngere Schafe	36-42	78-99

Am 21., 22., und 23. August 1912

wird bei mir wieder ein Sortiment hochaparter, vornehmer Knaben-Anzüge für das Alter von 2½ bis 9 Jahren

1701

Modelle und Muster Mk. 7.50

sowie andere Waren zum Preise von

Auswahlsendungen und Umtausch sind hierbei ausgeschlossen!

S. Guttentag,

Breslau, Altbüsserstrasse Nr. 5
I. bis III. Etage, Ecke Ohlauerstrasse.

Am 18. d. Mts. verschied nach kurzem aber schwerem Leiden infolge Unfall eines innig geliebten Mannes, unser treuer Vater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Asphaltar.

Franz Seidel

im Alter von 50 Jahren 9 Monaten. [1705]

Dies zeigt tief betrübt an und bittet um stillen Teilnahme

Die traurige Gattin nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhaus, Kospothstrasse 11, statt.

Todesanzeige.

Am 18. d. Mts. verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Schwager, der Asphaltar

Franz Seidel

im Alter von 50 Jahren. [1704]

Dies zeigen tief betrübt an

Familie Beier Familie Pieisch Familie Sigusch

Familie Glebsch I. Familie Glebsch II.

Am 18. August starb plötzlich in seinem Beruf durch Unfall der Asphaltar und Dachdecker

Franz Seidel.

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Sämtliche Kollegen der Firma C. H. Jerschke.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhaus, Kospothstrasse 11, nach Pohlanowitz. [1709]

Am 18. d. Mts. verschied plötzlich der Asphaltar und Dachdecker

Franz Seidel.

Derselbe war seit länger als 20 Jahren bei unserer Firma als Parteiführer tätig. [1710]

Wir verlieren in ihm einen nüchternen und fleissigen Mitarbeiter.

Ein ehrendes Andenken ist ihm gesichert!

Schlesische Dachpappen- und Kunststein-Fabrik

C. H. Jerschke C. m. b. H., Breslau.

Am 18. d. Mts. starb unser langjähriges Mitglied, Kollege

Franz Seidel

im Alter von 50 Jahren.

Sein Andenken wird stets in Ehren halten

Die Urteverwaltung Breslau des Fabrikarbeiter-Verbandes.

Die Beerdigung erfolgt Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus, Kospothstrasse 11, nach Pohlanowitz. [1715]

Am 18. August entschlief plötzlich bei Ausübung seines Berufes unser treuer Freund, der Asphaltar

Franz Seidel.

Sein biederer Charakter und edler Sinn sichern ihm ein ehrendes Andenken, Schlaf in Frieden!

Seine Freunde und Genossen

sowie der Gastwirt von Werner-Garten, Weinstrasse, B. Ulrich, A. Griebsch, Lucas, Sigusch, Sachwitz, Paul und Richard Feiertag, Zimmerling, Wurm.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus, Kospothstrasse 11, nach Pohlanowitz. [1706]

Am 18. d. Mts. verschied plötzlich durch Unglücksfall unser Mitglied, der Asphaltar

Franz Seidel

im Alter von 50 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 21. August, nachmittags 2 Uhr, nach Pohlanowitz.

Trauerhaus: Kospothstrasse 11.

Am 18. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet infolge Unglücksfalls unser braver Genosse, der Asphaltar

Franz Seidel

im Alter von 50 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Genossen u. Genossinnen des Distrikts 11 des Sozialdemokratischen Vereins.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 2 Uhr, nach Pohlanowitz.

Trauerhaus: Kospothstrasse 11. [1705]

Am 18. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unser herzensguter Sohn, Bruder, Schwager und Bräutigam

Max Lazarek

im blühenden Alter von 26 Jahren 8 Monaten. 1700

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Donnerstag, den 22. d. Mts., nachm. 21 Uhr, vom Trauerhaus Yorkstrasse 13 nach St. Salvator, Ende Lohestr.

in Garten: Militär-Konzert.

Liebich's Etablissement

Heute und folgende Tage:

Es tut sich was!

Grosse Ausstattungs-Revue in

3 Akten von Henry Bender.

Anfang 8 Uhr. 1682

Freitag, den 23. August:

Elfter rauchfreier Abend!

Zurückgekehrt

Zahnarzt Alexander.

Bänder-Auktion

unwiederhollich 23. Aug., Berlin, 17. v. 20. Aug., Keller, Fried-Wilhelmstr. 50.

Ehrenerkla rung

Die gegen den Asphaltar Franz Guttentag, an dem die Ehre, Westenstr. 17, v. mir gemachte Verleumdung welche ich nunmehr auf und zu leiste Absicht, Franz Kurek.

Dauernder Nebenverdienst

(anerkannt reelle Sache)

verglebt Fabrik Görtheim, Neu-Lichtenberg-Berlin, Eitelsstr. 72. 1703

Nährionen auf zu gezielter Zeit geboten in Eichenhenerstr. 22, part. bei Scholtz. 1708

Erfinder!

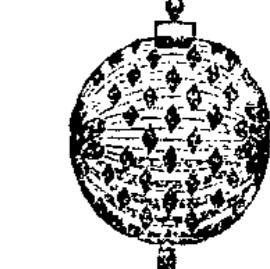
Ideen, welche eine gewerbliche Nutz-
benutzung gestatten, werden sofort gesucht.
Offerten unter H. 814 an Hanstein & Vogler A.-G., Mannheim. 1704

**Anzüge, Ueberzieher,
Bettbezüge und Inlettis**

Samengarderobe verlost bislang 1704
Leihamt, Altbüsserstr. 17. 1.

Pianino (Klavier)

wenig gebraucht, billig zu verkaufen.
Pianofabrik Hüttner, Ohlauer-
strasse 65, 1. 1705



Hier Herr Nachbar sieht der Mann,

der befürchtet locken kann.

Denn er weiß es eben seit Jahren,

wie man sehr viel Geld kann haben.

Der einen Dahlprunk an;

Nein das Gute bricht sich Bahn!!!

Gut und dauerhaft

sind die echten Reutlinger blauen Arbeiter-Mäntel.

Anzüge mit nebenstehender Schutzmarke.

Zu haben bei: 412/2

Wilhelm Langer, Gräbschenstr. 18 und

Adolf Hohmuts Nachf., Friedrich-Wilhelm-

Strasse 95. Bei einem Blaufarbe erhalten 4% Rabatt.

Stores Gardinen kauft man ein vorteilhaft bei Julius Fein vis-à-vis Kissling Junkernstr. 14 1421

Königsgründ

Hohe-Strasse 45/47.

Großes Kränzchen Neues Vorsetz.

11 Uhr: Große Blumen-Polonäse. 1693

Tourne- und Schleifentanz.

Palmengarten

Täglich: 1670

Freikonzert.

Jeden Mittwoch und Freitag:

Spezialtag

ff. Leber- und Weckwurst

nach Würziger Art.

1/4 Pfund 20 Pfg. 1707

Bei einer Wurst-Einnahme 75 Pfennige.

3 melterlingre, Spazierstäcke,

Schuhfarben, Leiterwag., Kasten-

wagen, Schaukeln, Sandformen,

Werde, Weissen, Blasrohre,

Sportwagen, Bootsböscheln,

Gitter, Giekstangen, Trompeten,

Trommeln, sowie alle

: Spielwaren oder :

Praktische Geschenke

für Kinder, Damen u. Herren

zu Kindersel., Schulspaziergang,

Vereinsvergnügen. 1704

Engrosläger größten Stils für

Wiederverkäufer, Händler,

Hausierer usw.

Alfred Scholz
Breslau I., Kupferschmiedestrasse 1.

Gas-Ausstellung

bis einschliesslich Sonntag, den 25. August
im Breslauer Konzerthaus, Gartenstrasse 39.

Veranstaltet vom

Verband Deutscher Gas- und Wasserfachbeamten, Sitz Berlin.

Eintritt 20 Pfg.

Geöffnet von morgens 10 bis abends 10.

Von Mittwoch ab bei freiem Eintritt Kochvorträge

Mittwoch und Donnerstag nachmittags 4 Uhr, Freitag bis Sonntag abends 8 Uhr.

1635 **Kostproben gratis!** 1636

1. Beilage zu Nr. 194 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 21. August 1912.

12. Verbandstag des Schneiderverbandes.

Köln, 16. August.

Fünfter Verhandlungstag. (Abendsitzung.)
In der Abendsitzung am Freitag wurde das Referat des Kollegen Strübing über das

Reichsgesetz über die Privatbeamtenversicherung

entgegengenommen.

Der Verbandstag beschließt:

„Für alle Angestellten des Verbandes, welche nach Insatzstellen des Versicherungssachverständigen für Angestellte des Versicherungspflicht unterliegen, übernimmt der Verband die Zahlung der vollen Versicherungsprämie unter der Bedingung, daß die Angestellten der Unterstützungsvereinigung angehören und die zu dieser Unterstützungsvereinigung zählenden Verträge aus eigenen Mitteln bestreiten. Angestellte des Verbandes, welche nicht der Versicherungspflicht unterliegen, sind verpflichtet, der Unterstützungsvereinigung anzugehören bzw. beizutreten. Die Versicherungsbeiträge werden in voller Höhe vom Verband bezahlt.“

Dann referierte der Vorsitzende Stühmer über den internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongress im Jahre 1913. Gleichzeitig soll im selben Jahr in Wien der internationale Schneiderkongress, der eigentlich bereits in diesem Jahr hätte stattfinden müssen, abgehalten werden. Durch Zusatz werden die Kollegen Stühmer und Sabath als Delegierte für beide Kongresse, durch Schumacher A. e. Berlin und Fußs. Köln für den Schneiderverband gewählt.

Sexter Verhandlungstag.

Am Sonnabend früh begann die Sitzung mit dem Referat des Kollegen Stühmer über:

Gewerkschaften und Genossenschaften.

In großen Umrissen schilderte der Redner die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland und die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zur Genossenschaftsfrage. Bezugnehmend auf die

Volkversicherung,

die als neuer Zweig der Volksfürsorge mit dem Kapital der Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet werden soll, erachtet er die Agitation für diese Einrichtung. Eine Resolution, in der die Kollegen auf die Notwendigkeit des Beitritts zu den Genossenschaften hingewiesen werden, findet einstimmige Annahme.

Kunze. Berlin berichtet für die

Statutenberatungskommission,

er empfiehlt die Vorschläge der Unparteiischen zum Reichstagsamt, die folgenden Wortlaut haben, zur Annahme. Dem wird stattgegeben.

1. Ab 1. März 1916 sollen alle einzelnen Tarifverträge zu einem Reichstarifvertrag zusammengefaßt werden, der bis zum Februar 1920 unter Ausübung aller Streiks und Ausverhandlungen gelten soll. Wenn nicht drei Monate vor Ablauf eine Rundung erfolgt, so soll der Reichstarif jeweils um ein Jahr weiter laufen.

2. In der Zeit bis zum 1. März 1916 besteht die seitherige Handlungsfreiheit.

3. Zur Vorbereitung des Reichstarifvertrages soll eine einheitliche Regelung der Extraarbeiten und der sonstigen im § 22 des Generalvertrages benannten Fragen zunächst erzielt werden. Hierbei ist der Arbeitgeberverband gehalten, folgende Mindestforderungen zu gewähren:

a) die Arbeitszeit darf zehn Stunden nicht überschreiten;

b) Furnituren sind zu liefern oder zu vergüten;

c) Aufschläge für Heimarbeit werden grundsätzlich als berechtigt anerkannt;

d) vorchristlichmäßige Betriebsverstöße sind zu fördern;

e) Extraarbeiten sind systematisch nach Maßgabe der daraus verwendeten Zeit zu bezahlen;

f) Doppeltarife sind einzuschränken und allmählich zu be seitigen;

g) für Uniform- und Damenschneiderei ist ein Lohntarifmuster zu schaffen.

Zur Belehrung und Feststellung wird eine Spezialkommission aus Vertretern sämtlicher Vertragsparteien zusammengetreten.

4. Wird über die Frage zu § 8 eine Einigung bis zum 1. Januar 1916 nicht erreicht, so ist die Angelegenheit längstens bis

15. Januar 1916 einem Kollegium von drei Unparteiischen zu unterbreiten, welches auch berechtigt ist, einen Schiedsspruch zu fällen. Dieser Schiedsspruch unterliegt der Beschlussfassung der Vertragsparteien; dieselbe hat längstens bis 1. Februar 1916 zu erfolgen.

5. Die Tarifverträge, welche bis 1. Dezember 1915 gefündigt worden sind, sind in entsprechender Anwendung der Grundsätze zu § 4 zu behandeln.

6. Bezuglich der in den Jahren 1912, 1913 und 1914 geschuldigten Verträge werden die Termine unter § 4 um 15 Tage verlängert.

Weiter wird beschlossen, in § 15 des Statuts die Zusammensetzung und die

Besognisse des Beirats

zu regeln!

Der Beirat besteht aus den Mitgliedern des Vorstandes, den Redakteuren, den Gauleitern, einem Vertreter des Ausschusses und je einem Vertreter der Zentralen Berlin, Hamburg, München, Dresden, Stuttgart und Berlin. Die Tätigkeit des Beirats in Gemeinschaft mit dem Vorstand erstreckt sich auf die Beratung und Beschlussfassung über die Vorbereitungen zu großen Lohnbereguungen, sowie über die etwa erforderlichen Maßnahmen bei großen Streiks oder Ausperrungen im Sinne des Streitreglements.

Der § 16 des Statuts, der von den Funktionen des Ausschusses spricht, erhält folgenden Zusatz:

„Gegen die vom Vorstand getroffenen Beschlüsse und getroffenen Verfügungen ist Beschwerde bei dem Ausschuß zulässig. Die Entscheidung des Ausschusses ist vorläufig vollstreckbar. Die Entscheidung des Ausschusses kann mittels Verweisung an den Verbandrat ausgeschlagen werden; der Verbandstag entscheidet in den Verhandlungsfällen endgültig.“

Die Wahl des Ausschusses soll entgegen früheren Ge pflogenheiten in Zukunft auf dem Verbandstag vorzunommen werden.

Der Vorstand soll in Zukunft stets aus 9 aus 11 Mitgliedern, 4 bevoldeten und 7 unbefoldeten, bestehen.

Alle Anträge auf Vertragsänderung werden abgelehnt, doch wird die Einführung einer

Streikunterstützung

auf folgender Grundlage beschlossen. Es soll gewährt werden:

	Nach Mitgliedschaft		
	1 jähriger	3—5 jähriger	5—10 jähriger
I	20 M.	40 M.	50 M.
II	25 "	35 "	45 "
III	29 "	30 "	40 "
IV	15 "	25 "	35 "

Zum Streitreglement

wird vom Vorstand eine andere präzisere Fassung des § 4, der von den Vorbereitungen zu Lohnbewegungen handelt, beantragt und vom Verbandstag beschlossen.

Die Streikunterstützung wird insoweit geändert, daß sie für ledige Kollegen um 2 bis 3 Mark pro Woche erhöht wird. Die Unterstützung für Kinder beträgt pro Woche 1 Mark, unbestimmt um die Zahl derselben.

Der Tarifvertrag wird beschlossen, „die Zuständigkeit der Bau- und des Rentenamts im Bereich zu verstetzen.“

Hierzu soll dem § 20 folgendes Zah angefügt werden: „Zolltarifstreik und Ausprägung gelten ebenfalls als Vertragsstreik und haben den Tarifvertrag auf.“

Der Vorstand wird weiter beauftragt, in kürzester Zeit als Anhang zu dem überkommen einen Kommentar zum Streitreglementsverfahren herauszugeben.

Nachdem noch einige redaktionelle Änderungen an den Verbandsstatuten vorgenommen wurden, wird beschlossen, daß das Statut am 1. Januar 1913 in Kraft treten soll.

erner wird beschlossen, in diesem Herbst eine Konferenz für die Konfessionschneider abzuhalten.

Nach langerer Aussprache wird den großen Zahlstellen 3000 Mitglieder zugestellt, Generalversammlungen auf Grund des Delegiertenystems zu bilden.

Wegen vorgerückter Zeit und weil eine Vorlage, die auf Neuregelung der Gehälter hinausläuft, gründlich beraten werden soll, wird die Verhandlung auf Sonntag früh vertagt.

*

*

*

Am siebenten Verhandlungstage wurde gründlich

die Gehaltsfrage

behandelt und zum Schluß folgendes mit 46 gegen 40 Stimmen beschlossen:

In Abredezt der im Jahre 1911 eingetretenen wirtschaftlichen Teuerung, die bei der Gehaltsregulierung der Angestellten des Verbandes auf dem Hamburger Verbandstag im Jahre 1910 nicht vorausgesehen war, beschließt der zurzeit in Köln tagende Verbandstag:

Allen Angestellten des Verbandes sind als diesbezüglichen Ausgleich zwei Dienstjahre in Anrechnung zu bringen. Die sich hierdurch ergebende Gehaltserhöhung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft und ist der sich ergebende Differenzbetrag zwischen den Gehältern nachzuholen.

Bei denselben Angestellten, die durch diese Entschädigung die Höchstgrenze des zu beziehenden Gehaltes nach der auf dem Hamburger Verbandstag beschlossenen Gehaltsfala erreicht haben, bleibt die in der genannten Skala vorgesehene Steigerung bis auf weiteres in Kraft.

Für diejenigen Kollegen, die eventuell durch Verbandstagsbeschluß berufen werden, das Amt des 2. Vorsitzenden oder des 2. Redakteurs zu übernehmen, wird in abwechslung der wirtschaftlichen Teuerungsverhältnisse in Berlin eine weitere Anrechnung von zwei Dienstjahren, beginnend mit dem Eintritt in den Vorstand bezw. der Redaktion, bewilligt. Der neu eintretende Sekretär und der neu zu wählende 2. Vorsitzende soll im Gehalt mit dem Kassier gleichgestellt werden.

Der Sitz des Verbandes bleibt Berlin und werden Stühmer und Heitmann wieder, Weizsäcker als Sekretär und Schwartz Leipzig als zweiter Vorsitzender neu gewählt. — Der Sitz des Ausschusses bleibt Hamburg und werden die bisherigen Mitglieder wieder gewählt. Als Redakteur wird Sabath wieder und Joseph Frankfurt neu gewählt.

Der nächste Verbandstag wird im Jahre 1914 in Nürnberg stattfinden.

Parteianangelegenheiten.

Der sächsische Landesparteitag. Im Freudenauer Volkshaus traten am Sonntag die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie zu ihrer diesjährigen Landesversammlung zusammen. Der Bericht, der vom Landesvorstand vorgelegt wurde, zeigt, daß auch im Berichtsjahr ein überaus reiches Parteileben in Sachsen pulsiert. Die sächsischen Behörden waren der Stadelpolitik wegen, die sie während gegen die Sozialdemokratie übten, weil über die Grenzen des Reiches hinaus bekannt geworden, und wenn auch in den letzten Jahren eine kleine Verbesserung eingetreten ist, so scheinen sich manche sächsischen Behörden doch noch nicht ganz von dieser Politik entwöhnen zu können. Der Bericht des Landesvorstandes führt nach der Richtung hin eine ganze Menge Vorfälle an, insbesondere die wiederholten Versuche sächsischer Polizeibehörden, Versammlungen eines geschlossenen Parteikreises zu überwachen. Auch sonst versucht man, die Vorteile des neuen Vereinsgesetzes in ihr direktes Gegenteil zu verkehren. In einer Reihe von Städten versuchte man, den Arbeitern die Bürgerrechtsverwaltung dadurch zu erschweren, daß die Gewählten in die Höhe gehoben wurden. Von der Oberbehörde ist dieses Verfahren nunmehr für ungerechtfertigt erklärt worden. Daß die Arbeitertum, Radfahrer, Gesangvereine usw. die liebevolle Hand der Polizei recht häufig zu rühen befamen, versteht sich am Rande. Als eine erfreuliche Tatsache kommt der Bericht den Umständen zu, daß die Kriegervereine eine große Mitgliederzahl zu verfügen haben. Die sächsische Parteivereine hat gegenwärtig einen Abonnentenstand von rund 235.000. Die Zahl der Gemeindevertreter beträgt zurzeit 2023. Die Gesamteinnahmen der sächsischen Partei steigen von 616.700 Mark auf 972.550 Mark. Der Zehnpfennig-Wochenbeitrag ist in allen 23 Wahlkreisen nunmehr durchgeführt. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist seit dem Vorjahr von 120.548 auf 149.325 gestiegen. Bei der letzten Reichstagswahl wurden in Sachsen 513.216 Stimmen abgegeben. Von den 23 sächsischen Reichstagsmandanten sind 19 im Beirat der Sozialdemokratie. Es besteht die Hoffnung, im nächsten Jahre auch noch das zwanzigste Mandat zu holen, weil die Wahl des Reichsverbündlers Liebert, der nur mit 23 Stimmen Pleite geworfen wurde, voraussichtlich vom Reichstage für ungültig erklärt werden dürfte. — Unter den Landarbeitern und besonders auch unter den Eisenbahnern ist eine sehr lebhafte soziale Agitation entfaltet worden. Außer einer großen Anzahl anderer Schriften wurde ein Blatt über die Landespolitik in 800.000 und ein Kalender in 320.000 Exemplaren im ganzen Lande verbreitet.

Die Verhandlungen, über die wir berichten werden, werden voraussichtlich bis zum Dienstag dauern.

Alles aller Welt.

Zum Nauener Mordfall.

Die Suche nach dem Nauener Messerstecher ist auch heute noch immer ergebnislos gewesen. Im Allgemeinbefinden der verletzten Damen ist keine wesentliche Besserung eingetreten. Bei Frau Wohlt hält die Besserung an, so daß man Hoffnung hat, sie am Leben zu erhalten. Durch die Nauener Polizei wurden im Laufe des gestrigen Tages mehrere Zeugen vernommen, die auf Leute hinwiesen, die angeblich in Berlin sein sollen. Auf dem Berliner Polizeipräsidium wurde heute früh eine wichtige Feststellung gemacht. Es gelang, den Namen des Mannes zu ermitteln, der, wie schon mitgeteilt, in der Dragonerstraße einige Leute mit dem Messer bedrohte und dabei erzählt, er könne es nicht sehen, wenn andere Menschen lustig seien. Es handelt sich um den 25 Jahre alten, aus Swinemünde gebürtigen früheren Bauer Gustav Harnau, der seit einiger Zeit wohnungslos ist und sich in Berlin umhertriebt. Seit dem vergangenen Mittwoch ist er verschwunden. Er ist schon oft bestellt, darunter auch wegen Raubes, und war zuletzt in der Trennanstraße im Hertberg untergebracht. Er ist in der Zwischenzeit von vielen Leuten gesehen worden und man rechnet mit der Möglichkeit, daß er mit dem Nauener Messerstecher identisch ist. Heute Mittag begaben sich zahlreiche Kriminalbeamte auf die Suche nach dem Manne. In Begleitung der Beamten befinden sich einige Verwandte Harnau, die ihn rekonoszieren sollen. Ob er wirklich mit dem gesuchten Messerstecher in Verbindung zu bringen ist, muß erst die weitere Untersuchung ergeben.

Mit dem Nauener Messerstecher ist möglichstens auch eine mächtige Schiekhaffäre in Verbindung zu bringen, von der die Berliner Kriminalpolizei gestern gleichfalls Kenntnis erhielt. In der Nacht zum 17. August, das heißt in der Nacht nach dem Messerstecher, wurde ein junger, achtzehn Jahre alter Mann mit einer Schußwunde in das Rudolf-Breitscheid-Krankenhaus zu Berlin eingeliefert. Bei seiner Ankunft soll er Verwandten erzählt haben, er sei im Tegethoffe Forst, wo er seine Notdurft verrichtet wolle, vor einem unbekannten Menschen ohne jede Verarrestung angegeschossen worden. Dem Krankenpersonal des Krankenhauses sagte er aber, daß er bei einem Spaziergang im Tegethoffe Forst von einem Unbekannten angegriffen und unter Drohung mit einem Revolver nach seiner Befehl gesetzt worden sei. Als er sich geweigert habe, sein Geld herzugeben, habe der Fremde die Waffe abgedrückt, und die Kugel sei ihm in die Brust gedrungen. Es ist bis jetzt ratselhaft, aus welchem Grunde der Fremde diese so wider-

sprechenden Angaben gemacht hat. Eine Vernehmung konnte gestern noch nicht stattfinden, da der junge Mann gerade eine schwere Operation, durch die er die Augen entfernt wurde, überstanden hatte. Mit Rücksicht auf seinen schwächlichen Zustand wurde das Verhör hinausgeschoben. Da damit gerechnet werden muß, daß der Nauener Messerstecher sich nach der Tat ein Leid angetan haben kann — mehrere Zeugen wollen auf der Flucht in seiner Hand einen Revolver gesehen haben, so ist die Möglichkeit nicht unbedingt ausgeschlossen, daß der Patient im Breitscheid-Krankenhaus oder der unbekannte Mann, der auf ihn geschossen hat, von dem aber noch eine Personalbeschreibung fehlt, mit dem Nauener Messerstecher in Verbindung zu bringen sind.

Der Wettflug Paris-Berlin gelungen! Der Flieger Audemars stieg gestern in Paris auf, um nach Berlin zu fliegen. Er mußte aber auf dem Flugplatz Wanne bei Bochum landen. Heute morgen hat er die Weiterfahrt angezettelt. Über den Verlauf des Fluges auf der Strecke Wanne-Berlin gehen uns folgende Telegramme zu:

Bochum, 19. August. Der Flieger Audemars stieg Montag früh um 5 Uhr auf dem Flugplatz bei Wanne, auf dem er am Sonntag nach einem sechsstündigen Fluge gelandet, mit dem Flieger Lübbe, der ihn bis Dortmund geleitet, wollte, auf, um die Weiterfahrt nach Berlin anzutreten. Infolge des dichten Nebels sahen sich die Flieger wieder zum Landen genötigt, da eine Orientierung unmöglich war. Um 7 Uhr 30 Minuten stieg Audemars wieder auf, trocken der Nebel noch nicht geschwunden war, und schlug die Richtung nach Hannover ein. Lübbe blieb zurück.

Vielefeld, 19. August. Der Flieger Audemars passierte in schneller Fahrt um 8½ Uhr, von Dortmund und Hamm kommend, Vielefeld in der Richtung nach Bad Deymhausen.

Bad Deymhausen, 19. August. Audemars flog um 9 Uhr über Bad Deymhausen und schlug die Richtung nach Hannover ein.

"Es ist ja noch Zeit!"

Diese Worte hört man jetzt von vielen, die aufgesordnet werden, die Stadtvorordneten-Wählerliste einzusehen. Gewiss, noch bis zum 30. August liegt sie im Feuerwehr-Turnsaal, Zwingergasse 14, aus; aber man vergesse auch nicht, daß der Antritt zur Liste in den letzten Tagen immer sehr groß ist und die Wähler dann oft lange warten müssen. Also seien wir sofort die Wählerliste ein.

* Ferien der Magistratsmitglieder. Stadtrat Peter-John, der Vorsitzende der Amtendirektion, ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat die Amtsgeschäfte wieder übernommen. Die Stadtrat-Büro, Friedrich und Schmidt sind ebenfalls zurückgekehrt. Stadtrat Tobler, Stadtrat Universitätsprofessor Dr. Färnholz und Stadtrat Klee haben den Urlaub angetreten, ebenso Stadtrat Friedel, der Vorsitzende des Ausstellungskomitees für die Jahrhundert-Ausstellung. Stadtrat Dr. Berls geht am 20. August in die Ferien. Stadtkämmerer Matthes feiert Ende August vom Urlaub zurück.

* Amtliche Vorträge über die Angestellten-Versicherung. Die beteiligten Angestellten haben wiederholt gewünscht, über ihre Obliegenheiten bei der Durchführung des neuen Gesetzes unterrichtet zu werden. Wie die "Zeitung-Woche" erachtet, wird das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte diesem Wunsche in der Weise entsprechen, daß es im Laufe des Monats September an einzelnen wichtigen Plätzen, z.B. Berlin, Hamburg, Breslau, Köln, Magdeburg, Stuttgart, München durch einen Vertreter des Direktoriums Vorträge über die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber bei der Durchführung des neuen Gesetzes wird halten lassen.

* Von der Unterführung an der Trebnitzer Chaussee. Von einem Leser unseres Blattes wird uns geschrieben: "Die Unterführung an der Trebnitzer Chaussee ist nicht nur bei Regen schwer passierbar, nein, auch sonst ist es nicht ungünstiger als zu betreten. Am Freitag vormittag fuhr ich einen Möbelwagen von der Kleckstraße her und mußte durch diese Unterführung. Ich war kaum eingefahren, da hörte ich über meinem Kopfe das Rauchen einer Lokomotive und im nächsten Augenblick stürzten von oben mindestens zehn Liter heißes Wasser herunter auf den Möbelwagen. Einige Sekunden später hätte es mich schwer verbrühen können. Das ist doch ein unhalbarer Zustand. Die Unterführung müßte so abgedeckt sein, daß sie kein Wasser durchdringen läßt. Hoffentlich kommt die nötige Änderung, ehe sich ein schweres Unglück ereignet."

* Zur Nahrungsmittel-Untersuchung. Es ist neuerdings wieder vorgekommen, daß Geschäftsinhaber Lebensmittel, vroben aus ihren Geschäftsräumen an die Polizei ablehnen mit der Begründung, daß das fragliche Stück nur privaten Zwecken des Geschäftsinhabers dienen solle. Das ist nach einer gerichtlichen Entscheidung unstatthaft. Das Gesetz erlaubt die Entnahme von Proben durch die behördlichen Organe aus den im Geschäftsräume befindlichen Verkaufsgegenständen ohne jede Ausnahme. Es braucht deshalb aus Erklärungen des Geschäftsinhabers, daß bestimmte Waren nicht zum Verkauf bestimmt seien, keine Rücksicht genommen werden. Die Geschäftsinhaber solcher Angaben würde nur dahin führen, den Zweck des Gesetzes zu vereiteln; es könnte dann gerade die verdächtige Ware der Prüfung entzogen werden.

* Gemischanverband der Handlungsbüchsen. Mittwoch, den 21. August, abends 9 Uhr, in Mergners Restaurant, Neue Gasse 26, 1. Stock (Eingang auch Promenade): Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Dichter der Revolution. Redner: Kollege G. Beyer. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

* Steinarbeiter. Mittwoch, den 21. August, abends 8 Uhr: Versammlung bei Brüchner, Ursulinenstr. 27/28.

* Schleieerverband. Die nächste Mitgliederversammlung ist Mittwoch, den 21. August, abends 8 Uhr, in Peuler's Brauerei, Hirschgasse 24. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über das 100jährige Bestehen der Firma Krupp in Essen und eine Aussprache über die Verwendung der Lokalfassengelder nach dem Übertritt.

* Verloren wurde in der letzten Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins ein Meisterschirm. Man bittet, ihn bei Karl Schur, Klosterstraße 79, abzugeben.

* Die Leiche des Werkmeisters Gustav Richter in Breslau, Bärenstraße 2, der am 28. Juli beim Versuch, eine Frau aus der Ober bei Sandberg zu retten, selbst ertrunken ist, konnte bis heute noch nicht aufgefunden werden. Auf die Landung der Leiche ist eine Belohnung ausgesetzt worden. Legende: welche Nachrichten sind an die Witfrau des Ertrunkenen, Hedwig Richter in Breslau, Bärenstraße 2, zu übermitteln.

* Ein Kind überfahren. Montag nachmittag gegen drei Uhr ist auf der Kaiserbrücke ein dreijähriger Knabe von einem beladenen Ziegewagen überfahren und am Kopf schwer verletzt worden. Das Gesicht des Kindes war ganz mit Blut bedeckt und schrecklich anzusehen. Man legte den bewußtlosen Knaben links auf den Bürgersteig; sein Kopf ruhte auf einer Handvoll Brotwolle. So lag das Kind wohl eine halbe Stunde lang, und es kam keine Hilfe. Fünf Schuhleute standen da und wohnten die Menge ab, die mit Recht ungehalten wurde. Schließlich nahm ein Arbeiter den leidenden Knaben, ließ in eine Droschke und fuhr nach dem St. Josephs-Krankenhaus. Als die herbeigeruefe Feuerwehr an der Unglücksstelle eintraf, war das Kind schon in ärztlicher Behandlung.

* Der Spirituskoch als Brandstifter. Am Sonntag nachmittag kurz vor 3 Uhr ereignete sich in der Wohnung des Arbeiters Hinkel im 4. Stock des Hauses Kahlbachstraße 1 ein schweres Brandunglück. Frau Hinkel machte auf einem auf dem Tisch liegenden Spirituskocher Milch für ihr 10 Monate altes Töchterchen Herta warm, während das Kind selbst auf der Erde in der Nähe des Tisches saß. Als die Milch warm genug war, legte die Frau den Deckel auf den Spirituskocher und entfernte sich aus nur wenige Augenblicke. In ihrer Abwesenheit muß der Spirituskocher explodiert sein und der brennende Spiritus hat sich auf das am Boden sitzende Kind ergossen. Als die Mutter auf das Geschrei ihres Lieblings herbeieschaffte, stand das Kind in hellen Flammen. Sie versuchte sofort die Flammen zu ersticken, was ihr auch schließlich gelang. Herbeigeruefe Feuerwehrmänner legten dem Kind sowie der Frau Hinkel, die ebenfalls Brandwunden erlitten hatte, Verbände an und schafften das Mädchen mittels ihres Krankenwagens nach dem Allerheiligenhospital, wo es aber bereits drei Stunden nach der Einschiebung an den Folgen der Verletzungen, die Gesicht, Brust und Arme bedeckten, verstarb.

* Gasvergütung. Am 19. August wurden in dem Hause Reichstraße 24 Reparaturarbeiten an der Gasleitung ausgeführt, womit ein Monteur und ein Arbeiter betraut waren. Nach Fertigstellung der Arbeit haben sie vergessen, das Verschlußstück einzufügen. Als die Gasähnne geöffnet wurden, strömte das Gas ungehindert in die Wohnräume des im dritten Stock wohnenden Schuhfabrikanten Dürbeck. Die in der Wohnung anwesende Ehefrau und ein achtjähriger Sohn wurden heilfahrt darin vorgefunden. Der herbeigeruefe Arzt bestellte sofort Feuerwehrmänner mit dem Sauerstoffapparat und es gelang nach fast einstündigem Tätigkeits beide Verunglückte ins Leben zurückzuführen, worauf sie mittels Krankenwagens der Feuerwehr in das Wenzel-Danke-Krankenhaus überführt wurden.

* Bauunfall. Der Maurer August Schmidt, Untersteinstraße 41, wurde am Montag auf dem Neubau Kupfermiedestraße 12 von einem herabfallenden Balken auf den Kopf getroffen und schwer verletzt. Man schaffte den Verunglückten ins Allerheiligenhospital.

* Infekt eines Unfalls verstorbene ist am 18. August der Kostwöhrla 11 wohlaufende Altbauhauer Franz Seidel. Der 51 Jahre alte Mann, der verheiratet ist und Familie besitzt, war in Oberlausitz, Kreis Ziegau, beschäftigt und erlitt dabei am 17. August schweren Unfall. Nach ärztlicher Feststellung ist der Tod infolge dieses Unfalls eingetreten.

* Von einem Automobil überfahren und getötet wurde in der Nacht zu Montag auf die Chaussee in Klingendorf bei Überking ein Knabe aus dem Dorfe. Das Automobil, das weiße Farbe trug und aus Breslau gewesen sein soll, fuhr risklos weiter, um unerkannt zu entkommen. Es soll aber möglich gewesen sein, es zu ermessen und seinen Führer festzustellen. Die genauere Untersuchung ist im Gange.

* Von einer Kraftwagense umgefahren wurde am 17. August auf der Kaiser-Wilhelm-Straße der Arbeiter Seidel, der den Straßenrand überschreiten wollte; Seidel erlitt eine Verletzung am linken Arm und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

* Strafenbahnunfall. Am 17. August, nachmittags wurde auf dem Ohlauer, an der Kaiserbrücke ein 6½ Jahre altes Mädchen von einem Straßenbahngespann erfaßt, umgestoßen und von den Schuhkellern zur Seite geschleudert. Das Kind erlitt Verletzungen am linken Arm und im Gesicht.

* Strafenbahnunfall. Am Sonntag nachmittag wurde auf der Ossenerstraße ein Knabe, der noch kurz vor einem daherkommenden Straßenbahngespann den Straßenrand überschreiten wollte, von dem Motorwagen erfaßt und zur Seite geschleudert; er erlitt aber glücklicherweise keine schweren Verletzungen.

* Radfahren mit Hindernissen. Ein überaus aufregender Vorfall ereignete sich am Sonntag abend auf dem Weidemann in der Nähe der Marienkirche. Eine jugendliche Radfahrerin kam von der Marienkirche nach dem Wasserwerk zu mit mäßiger Schnelligkeit zwischen dem Straßenbahngleis gefahren und schwang so gar nichts davon zu merken, daß hinter ihr ein Straßenbahngespann mit großer Schnelligkeit fuhr, sodass er sie jeden Augenblick erreichen müsse. Der Zugführer läutete, aber die Radfahrerin muß wohl schwerhörig sein, denn sie wußt nicht ans und der Zug mäßigte auch nicht seine Schnelligkeit, sodass ein Unglücks unvermeidlich schien. Endlich sah die Radfahrerin zur Seite, bemerkte den einsetzenden Zug und vermochte schnell in das andere Gleis abzuweichen. Kaum war dieser Zug an ihr vorbei, da nahm sich auch schon ein entgegkommender Zug und wiederum vermochte die Radfahrerin mit knapper Not, ihm auszuweichen. Solche Vorgänge sind tatsächlich ein Utensil aus die Augenzeugen. Es wäre doch aber zu wünschen, daß die Fahrer der Züge in solchen Fällen etwas bremsen möchten, statt sich mit dem bloßen Klingeln zu bedienen, das, wie schon oft vorgekommen, überhört oder gar nicht gehört wird.

* Verunglückter Radfahrer. Am Sonntagabend kam auf der Wallstraße ein Fahrrader so ungünstig mit seinem Fahrrad zu Fall, daß er unmöglich stehen blieb und eine schwere Wunde über dem rechten Auge erlitt. Es wurden sofort die Samariter der Feuerwache auf der Elbingstraße herbeigerufen, die dem Verlehrten einen Verband anlegten und ihn nach dem Allerheiligenhospital schafften.

* Ein "ritterlicher" Gastwirt. Zum Artikel unter dieser Überschrift in der Freitagnummer teilt uns der Gastwirt August Wohl, Alsdorferstraße, Ecke Lehmdamm, mit, daß in seinem Lokal der häßliche Auftritt nicht vorgekommen ist.

* Hotelchwandler. Am den letzten Tagen ist es einem Schwandler gelungen, in diesem Hotel, auf der Kleindorf- und auf der Lohelstraße, sich als Reisender einzumischen, dort zu übernachten und sich verkleiden zu lassen, um dann ohne Bezahlung zu verschwinden.

* Etwa 50 Rentner gestohlen wurden in vergangener Nacht von der Güter-Umschlagsstelle in Pöppelwitz. In der Nähe der Posener Eisenbahnbrücke befindet sich eine Kippvorrichtung, durch die beladenen ganze Waggonladungen Kohlen in die Nähe befördert werden. In dieser Kippvorrichtung befand sich eine ganze Ladung Kohlen und in dieser bemerkte man heute morgen eine Lücke, die darauf schließen ließ, daß im Laufe der Nacht etwa 40-50 Rentner Kohlen entwendet worden sind. Wie die Dobe diese große Menge Kohlen, fortgeschafft haben, ist bisher nicht bekannt.

* Verloren wurden eine goldene Damenuhr, ein Zehnmarkstück, 50 Pfund wares Geld, eine Straßenbahnsarte, eine Handtasche mit Inhalt, ein Portemonnaie mit 105 Pfund und ein Medaillon mit Frauenbildnis.

* Gefunden wurden eine goldene Vincenz, ein Damenuhr, eine Handtasche, eine Schultasche mit Inhalt, fünf Ruben-Ducatsilber, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Ketten mit Hänger, zwei Broschen mit Bildnissen, ein Schlüssel und eine Tasche mit Inhalt.

Arbeiterbewegung.

* Die Zigarettenarbeiter in Schänzlanke (Provinz Böhmen) fordern eine geringe Erhöhung der Lohnsätze. Der bisherige Lohn für die billigste Sorte beträgt 2 M. für Wickelmachen, 4,25 M. für Einrollen und 60 bis 65 Pf. für Sortieren. Es wird deshalb gefordert: 2,50 M. für Wickelmachen, 5 M. für Einrollen und 75 Pf. für Sortieren. Gewiß eine sehr bescheidene Forderung. Aber die Fabrikanten lehnen sie ab. Verhandlungen halten keinen Erfolg. Die Arbeiter waren deshalb genötigt, bei den Fabrikanten Eckendorf u. Koenigswarthe, Grünbaum, A. Will u. Söhne in den Streik zu treten. Die Tabakarbeiter richten aus diesem Anlaß erneut das Erklären an die Händler und Konsumenten, ihren Bedarf aus solchen Bezugsquellen zu decken, wo die Forderungen des Tabakarbeiterverbandes anerkannt werden.

Neueste Nachrichten.

Zu dem Fernflug Paris-Berlin.

Berlin, 20. August. Der Flieger Audemars hat zu seinem Fluge von Paris nach Berlin rund 96 Stunden gebraucht, was bei den wenig günstigen Witterungsverhältnissen als eine recht gute Leistung erscheint. Trotz der häufigen Notlandungen auf unbefestigtem Gelände ist er Maschine nicht beschädigt. Audemars erzählte: "Schon hinter Paris hatte ich mit so starkem Nebel zu kämpfen, daß ich mehr als einmal den Flug aufgeben wollte. Je mehr ich mich der Grenze näherte, um so mehr nahm der Wind an Stärke zu. Mein kleiner Bleriot wurde oft so heftig von Wind gepackt und geschwungen, daß die Höhenlage ständig um 100 bis 150 Meter schwankte. Die Orientierung hinter der Grenze war sehr schwierig. Infolge der hohen Schnelligkeit des Eindeckers, mit dem ich 120 bis 180 Kilometer Geschwindigkeit erzielte, konnte ich mich nicht genügend orientieren und mußte große Strecken nur nach dem Kompass fliegen. Besonderes Lob verdient der Motor, der während der ganzen Fahrt nicht ein einziges Mal versagte." Neben die Aufnahme in Deutschland war Audemars außerordentlich beeindruckt.

Zum franco-spanischen Abkommen.

London, 20. August. Die "Times" veröffentlichten den Inhalt des franco-spanischen Marokko-Abkommen und teilten mit, daß die Unterhandlungen zwischen den beiden Mächten über die Regelung der gegenseitigen Interessenfragen große Fortschritte machen, und zwar seitdem die Versprechungen von Madrid nach San-Sebastian verlegt worden sind. Soviel bis jetzt zu übersehen ist, wird das franco-spanische Marokko-Abkommen 22. Au-

gust umfassen, die in zwei Abschnitte eingeteilt sind. Der erste Abschnitt bezieht sich auf die territoriale Frage, während der zweite Abschnitt die Verwaltung und wirtschaftlichen Fragen umfaßt.

Ein seltsamer Generalstreit.

London, 20. August (S. 1. 2.) Hier brach gestern ein Generalstreit aus, der allerdings nur von vier bis sechs Uhr nachmittags dauerte und an dem 30.000 Arbeiter teilnahmen. Der Generalstreit richtet sich gegen eine Verfügung, wonach die Aufnahme von Armen in die Siedler sehr erschwert wird. Es wurde beschlossen, eine lebhafte Agitation gegen diese neue Verfügung einzuleiten.

Aus der Welt.

Konstantinopel, 19. August. Die Börse hat die auständischen Albaner in Köprüli aufgefordert, sich binnen 24 Stunden zu zerstreuen, während sie 15 Batterone mit Artillerie erhalten würden, sie anzugreifen. — Verona ist von den Montenegrinern vollständig eingeschlossen. Sie greifen den Ort selbst wie die umstehenden Festungen unausgeführt an. Bis jetzt liegen noch keine näheren Nachrichten über das Schicksal von Verona vor.

London, 20. August. Der Staatssekretär des englischen Auswärtigen Amtes Sir Edward Grey hat dem Wiener Kabinette seine Bereitschaft ausgedrückt, sich an dem Meinungsaustausche über die innere Lage der Balkanprovinzen beteiligen zu lassen. Englands Interessen sind in den Balkanprovinzen bestürzt. England wird teilnehmen an den Konferenzen, die wahrscheinlich in den nächsten Tagen in Wien stattfinden werden.

Der Belagerungszustand in Kronstadt.

Petersburg, 20. August. In Kronstadt wurden vom Festungskommandanten auf Grund des von ihm vor einigen Tagen über die Stadt verbürgten Kriegsrechts sehr starke Maßnahmen in Gang gesetzt, die unter den russischen Truppen in Kronstadt herrschende revolutionäre Bewegung zu stoppen. Die Revolten werden stark eingeschlagen. Des Nachts müssen die Mannschaften sowohl wie die Offiziere sämtlich in den Kasernen verbleiben. Der Besuch der Wissenschaften und Freizeiten ist vorsätzlich verboten. Mit den Nachforschungen über die politische Gefangen der einzelnen Mannschaften ist der Chef der Kronstädter Gendarmerie beauftragt worden. Die Kommandeure sämtlicher Truppenteile sind angehalten worden, sich unbedingt und vorsätzlich los nach seinen Anordnungen zu richten. Diese Regel erzeugt sehr böses Blut, da sie den geheimen und gehässigen Einflussionen wellen Spielraum gewährt, zudem gilt der Chef der Kronstädter Gendarmerie als einer der gefährlichsten Personen.

Chinesische Wirren.

London, 19. August. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: Nach längerer Sitzung beschloß die Nationalversammlung am 19. August mit 52 gegen 11 Stimmen, an Tschautschai eine Petition zu richten, er solle nähere Ausklärung geben, warum sie ei. Es ist unter der Beschuldigung, sie hätten zu einer neuen Revolution aufzutreten, versucht verhaftet und ohne Urteil erschossen wurden. Die Petition verlangt in drei Tagen Antwort. Wenn die Antwort unbedingt ausfällt, will die Nationalversammlung Tschautschai auffordern, persönlich Erklärungen abzugeben. Wenn die Antwort auch dann unbestreitig sei, will das Haus Tschautschai oder der gesamte Regierung ein Todesvotum aussprechen. Die Hinrichtung der Offiziere ries in der ganzen Provinz Hupe große Erregung hervor.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 21. August: Arbeiters-Opernabend. 19 Uhr im Garten. Bauanschläger. Versammlung im Zimmer 3.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung, Beisitzer! Die Abrechnung über den Monat August ist Montag, den 26. August, abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen. Die Kontrollkarten und die unverlaufenen Vertragsmarken sind mitzubringen.

Der Vorstand.

Das Distriktslokal ist zu Garbsch, Steinerstraße Nr. 12a verlegt worden. Die Zahlabende werden wie bis her in der "Stadt Mek", Langestraße 62, abgehalten.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Vand).

Neumarkt. Landdistrikt 8. Bezirke Herrmannsdorf und Arnoldsgrün. Sonntag, den 25. August, nachmittags 3 Uhr, bei Kornthi in Rathen: Mitgliederversammlung. Medver ist anwesend. Ebenso werden die Volkswachtler erzählt, zu einer Aussprache zu erscheinen.

Landdistrikt 14. Herda - Dürrgoy. Mittwoch, den 21. August, abends 7 Uhr: Ausgabe des Materials für die Volkswacht-Agitation. Die Genossen und Genossinnen treffen sich bei Jahn, Schönstraße 21.

Achtung, Tabakarbeiter!

Agitation-Versammlungen für unseren Verband finden in folgenden Orten statt:

Brüder, Dienstag, den 20. August, abends 8 Uhr, bei Herrn Edgall, Fischerstraße.

Ratibor, Mittwoch, den 21. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Jungfernstr. 2.

Pelzerwitz, Donnerstag, den 22. August, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Pohl.

Kratzitz, Freitag, den 23. August, abends 8 Uhr, bei Herrn Straube, Bosenerstraße.

Neumarkt, Sonnabend, den 24. August, abends 8 Uhr, im Saale zum Golden Löwen.

Strehlen, Sonntag, den 25. August, nachmittags 2½ Uhr, und in Wanzen abends 6 Uhr.

</div

Abzahlungsgeschäfte
Böbel, n. Waren, Abzahlungshaus
gegen bar und auf Zählzung.
Adolf Schröter, Ring Nr. 2,
Kurfürstendamm

Aalkoholfreie Getränke
= Bilz-Sinalco =
Brauerei, Brauerei, Brauerei

Herrmann, Hermann, Langenstraße 68.
König, Carl, S. 12 (Brauerei).
Lindner, Max, Osterstraße 26.
Schulz, Carl, Geländebrücke, Matthäustr. 123.

Thomas Brause, Telefon 2911.

Bäckereien und Konditoreien

Beder, August, Wielandstraße 5.
Bengauer, M., Schanzenstraße 18.
Burk, Friedr., Neopoldstraße 18.
Dierich, P., Nauenscheide 18, Ede 123.
Dinkl, Hermann, Altehauerstraße 12.
Frettl, Carl, Oderstraße 29.
Gottschall, Paul, Matthäustrasse 55.
Hornig, Gustav, Gabitzstraße 21.
Krause, Oskar, Steinbürgerstraße 21.
Neumayr, Wilhelm, Bildmühlestraße 35.
Krause, Wilhelm, Bärenstraße 32.
Lachle, Oskar, S. Schellmühlstr. 43, am Markt.
Margolts, Josef, Marktstraße 2.
Maurer, Aug., Sonnenstraße 15.
Pfeiffer, Adolf, Schreiberstraße 17.
Stanis, Wilhelm, Altenstraße 4.
Wewener, Th., Nachodstraße 13.
Wagner, Eduard, Gräbchenstraße 45.
Walter, Adolf, Leibnizstraße 1.
Walla, Gust., Wiesenstraße 54.

Badeanstalten.

Briesing-Bad, Neue Gasse 14.

Bundagisten

Fritz, W., Gemüsewaren

Kutsch, Karl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.

Rein, Joh., Schmiedebr. 17/18.

Bettfedern und Schnittwaren.

Kapf, Geschw., Unterinenstraße 2.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Bouvanc zum Aufbaum

G. m. b. H., Spezial-Aufbau zum Aufbaum.

Brauerei Sacrau, S. m.

Sensensch.-Brauerei, Edanwirte.

Hops & Görke, Jubiläums-

Biele, Gustav, S. m. b. H.

Menzel, J., Lippertschmiedestrasse 5/6.

Stiel, Franz, Jr., Hubenstraße 76.

Vogel, G., Neustadtstraße 28.

Wiesner, F.W., Brauerei, Neumarkt.

Blumenhandlung und Kränze.

Brieger, W., W. Koch, Hintermarkt 3.

Café

„Bachtplätz“, täglich

Altonaer Konzerte, Unt. 9 Uhr abends.

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Ohlauerstr. 7.

Drogen und Farben

Altstadt-Drog., Schlegel, Altstadtstr. 21.

Augusto-Drogerie, Vitterstraße 22.

Grauer, Axel, Gräbchenstraße 86.

Reuter-Drogerie, Neue Alberstr. 110.

Hedwig-Drogerie, K. Morane, Sternstr. 59.

Möller-Drogerie, Klosterstr. 11 (Ede Heß).

Reich-Drogerie (H. K. St. L.) Technikfest 14.

Tittner, W., Matthäustrasse 104.

Schulz, Bruno, Königsstraße 18.

Steinbrecher, W., Friedr., Wilhelmstr. 106.

Eisen- u. Stahlwaren

Wöldmann, Karl, Hakenstraße 34/35.

Gräf, Holz, Frankfurtstraße 93/95.

Körber, Otto, D. Wohlhoff, 17, Kolonial-

Handlung, O. Weidenstr. 18 (Weißerhandlung).

Geissler, M., Friedr., 3, S. 28. Schiffe, Werft,

Thiel, Gustav, Matthäustrasse 91/93.

v. Tauchig, W., Nachl., Klosterstraße 75.

Fahrräder, Nähmaschinen

Geissler, Hans, Friedr., Friedr., Döbner, 70.

Fahrradhaus „Frisch auf“, Wohlhoff, 32.

Fahrradhaus „Gomoka“, Elektrotechnik

Homan, Wilhelm, Tannenstraße 58.

Geissler, W., Neue Lauenstraße 52/54.

Geissler, E., Friedr., Friedr., Friedr., 78, L. Leißel.

Hoffmann, Max, Weißerhandlung, 48, S. 20.

Geissler, J., Matthäustrasse 152.

Kluge, Max, Döbner, 47.

Schubert, H., Gräbchenstraße, Ede Bierstr.

Schramm, Paul, Steinauerstr. 26.

Geissler, Richard, Wiesenstr. 20.

Geissler, J., Friedr., Friedr., Friedr., 13.

Färberel u. Wäscherei

Kelling, W., S. m. b. H., Wäscherei.

Geissler, W., & Co., Wäsche- und Kleidung.

Kittel, M., Wäsche- und Kleidung, Friedr.

Fische u. Delikatessen

Geissler, W., W. Friedr., Friedr., Friedr., 159.

Bamert, Oscar, Goldene 10.

Silber, Günter, Frankfurtstraße 123.

Fleischner, Alfred, Gräbchenstraße 6.

Grauer, G., Friedr., Friedr., Friedr., 82.

Salzmeister, G., Friedr., Friedr., Friedr., 83, geogr. 1888.

Geissler & Co., Friedr., Friedr., Friedr., 12.

Geissler, G., Friedr., Friedr., Friedr., 34.

Geissler, G., Friedr., Friedr., Friedr., 27.

Geissler, G., Friedr., Friedr., Friedr., 20, 21, 22, 23.

Frischerei und Konditorei

Geissler, G., Friedr., Friedr., Friedr., 47.

Grammophon

Hoyer, Felix, S. m. b. H., Friedr., Friedr., 11.

Hoyer, Felix, Friedr., Friedr., Friedr., 11.

2, 3, 4.

Erscheint 8 mal
wohentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Zum Lesen bei
Ginkofsky empfohlen.

Adolf Schröter, Ring Nr. 2,

Kurfürstendamm

Aalkoholfreie Getränke

= Bilz-Sinalco =

Brauerei, Brauerei, Brauerei

Herrmann, Hermann, Langenstraße 68.

König, Carl, S. 12 (Brauerei).

Lindner, Max, Osterstraße 26.

Schulz, Carl, Geländebrücke, Matthäustr. 123.

Thomas Brause, Telefon 2911.

Bäckereien und Konditoreien

Beder, August, Wielandstraße 5.

Bengauer, M., Schanzenstraße 18.

Burk, Friedr., Friedr., Friedr., Friedr., 18.

Dierich, P., Friedr., Friedr., Friedr., Friedr., 18.

Dinkl, Hermann, Altehauerstraße 12.

Frettl, Carl, Oderstraße 29.

Gottschall, Paul, Friedr., Friedr., Friedr., Friedr., 29.

Differential

zurück, dass die Gesetze nicht mehr gültig seien, was früher in Gott best „gärtete“. Später befanden sich die Türen wieder mit einem kleinen Schild, auf dem steht: „Gesetzlosigkeit ist kein Problem, nur eine Unnötigkeit, aber für das Recht besteht kein Grund“. Aber man an einer so bedeutenden Gebeurteilung hat es sich dabei nicht herausgetragen, aufzuhören mit dem Pauschalurteil, dass es keine Probleme mehr gäbe. Es ist eine Art der Verantwortungslosigkeit, die hier vorherrscht.

187

Parteipresse.

Am Schluß des Berichtsjahres verfügte die Partei über 86 Tageszeitungen. Die früher in Lörrach erscheinende „Volkszeitung“ ist mit der „Vollswacht“ in Freiburg verschmolzen worden. Neu hinzugekommen sind: „Schlesische Wacht“ in Waldeburg, „Hessischer Volksfreund“ für Erbach-Bensheim, „Donau-Wacht“ in Ulm, „Freie Presse“ in Reutlingen und „Volksblatt“ in Coburg. Unter den Tageszeitungen befinden sich 19 sogenannte Kopfblätter. Neben den Tageszeitungen erscheinen das „Bayrische Wochenblatt“, die „Vollswacht“ in Danzig zweimal wöchentlich und ebenso die „Gaz. Robotnicza“ in Rattowiz.

die übrigen in 59 Parteidruckereien. Der Parteivorstand ist an 23 Druckereien finanziell beteiligt. Neben sonstigem Einfluß auf die Verwaltung hat er sich auch das Recht der jederzeitigen Revision dieser Geschäfte gesichert. Außerdem haben in Ausführung des uns vom Zenaer Parteitag übertragenen Antrags 15 weitere 20 Parteigeschäfte die Revision durch den Parteivorstand gewünscht. Im Laufe des Geschäftsjahres sind durch den vom Parteivorstand bestellten Revisor 28 Geschäfte revidiert worden. Davon 14 einmal, 18 zweimal und 2 dreimal.

Unter Hingabechnung der „Gleichheit“ verfügte die Parteipresse am 30. Juni 1912 über 1 478 042 Abonnenten.
Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Zunahme an Abonnenten

Ergebnisse vom Vorjahr ist das eine Einnahme an Abonnementen von 171577. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 7840718 Mf. auf 8888834 Mf. und die Einnahmen aus Inseraten von 5853302 Mf. auf 6880496 Mf. gestiegen. Neben der erheblichen Stärkung der Parteiorganisation hat also auch die Parteipresse ersteuliche Fortschritte zu verzeichnen.

Das Sozialdemokratische Pressebureau hat im Berichtsjahr wesentlich höhere Ansprüche an die Hauptklasse gestellt als jemals zuvor. Der Zuschuß aus der Parteikasse belief sich auf 30 100 Ml. gegenüber nur 8400 Ml. im Vorjahr. Freilich war das Bureau im Wahljahr 1912 auch vor große Aufgaben gestellt worden. Wenn gleich manche Klagen nicht bestimmen wollen, so darf doch konstatiert werden, daß das Pressebureau bei den Wahlen der Parteipresse gute Dienste geleistet hat. Für besondere Wahlartikel (Situationsberichte aus allen Teilen des Reichs) wurden etwa 700 Ml. verausgabt. An Telephongebühren hatte das Bureau nur 800 Ml. mehr zu verausgeben als im vergangenen Jahre. Dagegen steigerten sich die Ausgaben für Telegrammgebühren infolge der Wahlen auf 9800 Ml. — im Jahre zuvor waren nur 98,90 Ml. dafür ausgegeben worden! Eine Rückvergütung für Wahltelgramme wurde von der Parteipresse nicht verlangt. Unvorhergesehene Kosten entstanden dem Bureau durch die Anstellung eines Ruhmredakteurs während der Wahlzeit. 1200 Ml. außerordentliche Ausgaben entstanden durch die Erkrankung und das Ableben des Redakteurs Düvell und eines Bureaumitgliedes. Durch die Anstellung eines dritten Boten, der auch für die "Partei-Korrespondenz" mit beschäftigt wird, steigerte sich der Etat um weitere 1200

Wohl im Interesse der politischen wie der gewerkschaftlichen Bewegung sei. Gerade bei Kursen darf man deshalb Zuuschüsse nicht scheuen.

Aus 154 (141) Orten wird über 842 (870) wissenschaftliche Einzelvorträge (darunter 225 Lichtbilervorträge) berichtet, an denen sich insgesamt 92 179 Besucher beteiligten. Die gesamten Einnahmen für diese Einzelvorträge betrugen 18 118,76 M., die Ausgaben 20 682,87 M. Aus 28 (5) Orten wird mitgeteilt, daß im ganzen 69 (12) Führungen durch Museen und 28 Führungen durch industrielle Unternehmungen stattgefunden haben.

Aus den eingangs angeführten Gründen haben im Berichtsjahre weniger fünfziger Veranstaltungen stattgefunden als im Vorjahr. Es berichten 192 (178) Orte über 451 (520) fünftziger Veranstaltungen, die letzteren waren

a) Dichterabende: Busch, Ebner-Eschenbach, Goethe, Heine, Höfleit, Kleist, Reuter, Hans Sachs, Tennyson, moderne Dichter, Märzdichter, russische Dichter; insgesamt 22 (54) Abende mit 11 874 Besuchern.

b) Musicalische Veranstaltungen: Beethoven, Händel, Rossini, Mendelssohn, Mozart, Wagner; Vokal- und Instrumentalkonzerte, Liederabende; insgesamt 97 (151) Veranstaltungen mit 68 115 M.-f.-S.

c) Recitations- und Kunstabende ohne bestimmtes Programm

d) Feiern im fünfzehn-jährigen Rahmen: Märsche und Maifeierei, Jugend-, Frühlings-, Sommer-, Herbst-, Winter- und Weihnachtsfeste; insgesamt 74 (97) Veranstaltungen mit 10.829 Besuchern.

c) Lieder- und Märchenabende für Kinder [11] mit 22 343 Besuchern.

f) Verschiedenes 4 (2) mit 1438 Besuchern.
Über ihre Einnahmen und Ausgaben bei fünfjährigen
Veranstaltungen vorstehender Art haben 174 Orte Angaben gemacht;
die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 67 887,98 M., die Gesamtausgaben
auf 76 272,05 M.

Bei Jahren hintereinander Beethovens 9. Sinfonie vor Arbeitern aufgeführt und dabei die erfreuliche Erfahrung gemacht, daß dieses gewaltige Kunstwerk auf die Arbeiter den bensbar tiefsten Eindruck hinterlassen hat. In Köln hat der dortige Bildungsausschuß Bachs Matthäus-Passion aufzuführen lassen und dabei ebenfalls starke Wirkungen auf die Arbeiter erzielt.

Über Volksvorstellungen und Theaterrabende berichten 8 (126) Orte, und zwar verzeichnen sie insgesamt 781 (720) Vorstellungen.

© 2019 Scholastic Inc.

65

Gemeindevertretungen

Die Gemeinde war früher der Ort, wo die Besitzenden ihre Sonder- und Klasseninteressen ungestört vertraten. Seit die Sozialdemokratie die Gemeindepolitik in dem Bereich ihrer Wirksamkeit gezogen hat, ist es in vielen Orten anders geworden. In Gemeinde- und Stadtvertretungen werden nun auch die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Wahlkämpfe sind nicht mehr Streitkämpfe um Personen, sondern politische Kämpfe geworden. Auch hier haben unsere Genossen manch bemerkenswerten Sieg errungen. Es ist aber unmöglich, die einzelnen Siege hier zu registrieren. Das Vordringen unserer Partei auf diesem Gebiet erkennt man am besten, wenn wir die Zahlen von drei Jahren untereinanderstellen. In folgender Stärke waren wir in den Gemeindeverwaltungen vertreten:

	In Stadtverordnetenversammlungen		In Landgemeinden		Magistrat		Gemeindevorstand	
	Zahl der Städte		Zahl der Gemeinden		Zahl der Städte		Zahl der Gemeinden	
	Ber. treter	Ber. treter	Ge- meinden	Ber. treter	Städte	Ber. treter	Ge- meinden	Ber. treter
1910	396	1818	2009	5720	41	114	51	82
1911	410	2015	2240	6646	81	95	88	164
1912	470	2581	2680	7598	50	104	157	904

Wie sich am Schluße des Geschäftsjahres die Verteilung auf die einzelnen Agitationsbezirke verteilt, ist aus der Tabelle auf Seite 85 zu ersehen.

Maifeier.

Anfang März gab der Parteivorstand ein neues Flugblatt über die Bedeutung der Maifeier heraus, das in vielen Orten mit gutem Erfolg verbreitet wurde. Die diesjährige Maifeier galt in erster Linie dem Protest gegen die neuen Heeres- und Flottenlasten, die dem deutschen Volke im neuen Reichstage beschert wurden, und wurde so zu einer wichtigen Demonstration wider das wahnsinnige Rüstzen zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Es war in diesem Jahre bei der Maifeier eine starke Beteiligung durch Arbeitsruhe zu verzeichnen. Bei den Veranstaltungen am Morgen des 1. Mai überstieg die Zahl der Teilnehmer in fast allen Orten die des Vorjahres. Die frühere Gewöhnlichkeit, Maifeiern auch an den Sonntagen vor und nach dem 1. Mai abzuhalten, ist fast ganz aufgegeben. Die Maifeier müssen nach den Vereinbarungen zwischen Partei und Gewerkschaften am 1. Mai stattfinden.

Der auf dem Münzberger Parteitag angenommene Antrag 90, der verlangt, daß die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet sind, einen Tagesservice abzuführen, hat in einer Reihe von Orten zu unerwidrlichen Differenzen geführt. Diese Streitigkeiten haben bereits im Vorjahr den Januar-Parteitag beschäftigt und es war dort beschlossen worden, daß gegen die Mitglieder, welche sich weigern, dem Münzberger Beschuß nachzukommen, das Ausschlußverfahren einzuleiten sei. Bei Abschluß unseres Berichtes ließ sich noch nicht übersehen, welche Erfahrungen im Jahre 1912 mit der Aufführung des Tagelöhnes gemacht wurden. Die Richtabführung des Tagelöhnes im

Um die politische Macht zu erhalten, musste sie die Wählergruppe der sozialen Demokratie überzeugen, dass sie besser für die Interessen der Arbeiter und Angestellten eintrat als die Konservativen. Dies gelang ihr durch eine Reihe von Maßnahmen, die die sozialdemokratische Partei als progressiv und demokratisch darstellten. Eine der wichtigsten war die Einführung des Sozialstaates, der die sozialen Sicherheitsmaßnahmen wie Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und gesetzliche Krankenversicherung verstärkte. Diese Maßnahmen trugen dazu bei, dass die SPD bei den Wahlen 1919 und 1924 erheblich an Wählerstimmen gewinnen konnte. Ein weiterer Faktor war die Unterstützung durch die Gewerkschaften, die die sozialdemokratische Politik als vertretend für die Arbeitnehmer ansahen. Die SPD war auch eine wichtige Partei im Kampf gegen den Nationalsozialismus, was sie späteren Erfolg bei den Wahlen 1933 und 1945 ermöglichte.

Слідуючи після цього. (Едіттор Сайксесберійт 1911/12).

Gelehrtenberichten ist in der größeren Fülle einzuhören. In einem Bericht des

Schwerin (92), Wismar (260). Genosse Rühle behandelte das gleiche Thema in 13 Kursen (72 Vorträgen) vor 2113 Teilnehmern, und zwar in Bremberg (147), Chemnitz (575), Danzig (215), Elbing (142), Graudenz (82), Jastrow (65), Kolmar (97), Grimnitzschau (56), Meerane (228), Ober-Lungwitz (191), Posen (177), Schleiden (88), Stolp (74). Von aushilfswise tätigen Rednern wurde das Thema in 12 Kursen (52 Vorträgen) vor 1181 Teilnehmern behandelt, und zwar in Bremen (153), Hünsterwalde (56), Forst (65), Frankfurt a. O. (253), Guben (187), Röpenack (77), Rottbus (81), Landsberg (68), Neu-Ruppin (48), Sommerfeld (41), Gorau (85), Wittenerberge (88).

Insgesamt wurde das Erfurter Programm behandelt in 48 Kursen (890 Vorträgen) vor 8864 Teilnehmern.

Die Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland wurden behandelt in 28 Kursen (92 Vorträgen) vor 2261 Teilnehmern, und zwar vom Genossen Vorwärts in 4 Kursen (18 Vorträgen) vor 419 Teilnehmern in Dresden (101), Erlangen (95), Fürth (93) und Nürnberg (130). Von aus Hilfsweise tätigen Rednern wurde das Thema in 19 Kursen (79 Vorträgen) vor 1842 Teilnehmern behandelt, und zwar in Albersleben (105), Bremen (149), Burgdamm (59), Eisenach (48), Eisenberg (98), Frankenhausen (69), Hemelingen (57), Jena (174), Langensalza (98), Mühlhausen i. Th. (217), Niederschönhausen (46), Nordhausen (88), Rosslau (119), Rudolstadt (88), Stadtilm (57), Stuttgart (78), Steglitz-Friedenau (112), Trebbin (111), Witten (76).

Uebert die Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens hat Genosse Dunder in 4 Kursen (82 Vorträgen) vor 397 Teilnehmern und Genosse Rühle in 2 Kursen (18 Vorträgen) vor 228 Teilnehmern in Röthen (89) und Pirna (139) vorgetragen.

Über volkswirtschaftliche Grundbegriffe wurde in 2 Sitzungen (13 Vorträgen) vor 144 Teilnehmern vorgetragen, und zwar vom Genossen Duncker in Cannstatt (8 Vorträge, 81 Teilnehmer), vom Genossen Weißbach in Dresden (5 Vorträge, 62 Teilnehmer).

Die Geschichte des Sozialismus bis zum Kommunistischen Manifest behandelte Genosse Dunder in Stuttgart (8 Vorträge, 60 Teilnehmer).

Über den historischen Materialismus sprach Genosse Borchardt in Dresden-Potschappel (3 Vortäge, 289 Teilnehmer). Über deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert hat ein auf-
hörsweise tätiger Redner in Spandau (8 Vortäge) vor 60 Teilnehmern vorge-
getragen.

Naturwissenschaftliche Vorträge mit Bildern wurden vom Genossen Graf abgehalten über: „Die Geschichte unseres Erde“: 7 Kurse (32 Vortäge) mit 1652 Teilnehmern, und zwar in Erfurt (480), Frankfurt a. M. (182), Höchst a. M. (85), Landwitz (221), Magdeburg (306), Schönebeck (179), Tangermünde (79); über: „Vom Urtier zum Menschen“ 18 Kurse (78 Vortäge) mit 2568 Teilnehmern in Berlin (Jugendausschuss) 5 Kurse (458 Teilnehmer), Elmshorn (192), Flensburg (288), Riel-Garden (869), Riel (304), Neumünster (857), Flensburg (188), Schwelm (227), Herbitz (285); über: „Der Mensch der Vorzeit“ 5 Kurse (18 Vortäge) mit 696 Teilnehmern in Bielefeld (482), Herford (108), Minden (161); über: „Geschichte des Entwickelungsgedankens in der Naturwissenschaft“ 5 Kurse (20 Vortäge) mit 768 Teilnehmern in Bremen (800), Elberfeld (194), Hagen (148), Iserlohn (111), Süderhastedt (109).

Die folgenden sind die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung:

1912 bis zum 31. März 1913 wurden 1013 Patienten untersucht, das ist eine Verminderung von 1,2% gegenüber dem Jahr 1911/12.

Bei den Untersuchungen wurde mit dem Zehnerfaktor multipliziert, um das Ergebnis auf die tatsächliche Anzahl der Patienten zu beziehen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen sind wie folgt zusammengefasst:

Ergebnis	Anzahl	Prozent
Normal	812	80,3%
Pathologisch	181	19,7%

Carte of the
Isle.

43

Technische Vorträge mit Lichtbildern wurden vom Genossen Boldt abgehalten, und zwar über das Thema: „Technik und Arbeitertreibung“ 20 Kurse (75 Vorträge) mit 4405 Teilnehmern, in Berlin (Schneiderverband, 154), Breslau (665), Brieg (75), Chemnitz (531), Durlach (57), Feuerbach (220), Freiburg i. Sch. (113), Gaggenau (120), Kannstatt (248), Karlsruhe (183), Kornwestheim (121), Liegnitz (168), Ludwigsburg (106), Magdeburg (356), Neustadt (151), Schweidnitz (156), Stuttgart (309), Thalheim (250), Untertürkheim (157), Walbenburg (315). Die Kurse in Durlach, Feuerbach, Kannstatt, Karlsruhe, Kornwestheim, Ludwigsburg, Magdeburg, Stuttgart, Untertürkheim waren von den Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes veranstaltet worden.

Über die Gesamtzahl der von den einzelnen Mandatsträgern abgehaltenen Kurse und der Teilnehmer, sowie über die Altersverhältnisse der Teilnehmer gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Vorfragende	Zahl der Stimme	Zahl der Teil- nehmer	Alter der Teilnehmer						ohne Ab- gabe	
			Ber- träge	davon unter Frauen	15—20	21—30	31—40	41—50		
Dunder	27	188	3720	297	291	1557	1251	425	132	64
Rühle	15	88	2841	197	188	863	881	265	79	100
Graf	28	143	5579	902	1204	2042	1425	489	157	262
Wolbt	20	75	4405	899	681	1574	1016	280	86	768
Borchardt	6	21	771	31	61	271	317	105	11	6
aus Hilfsarbeiten tätige Redner	32	189	3028	421	257	1212	968	323	90	180
Summa	128	654	19844	2247	2627	7519	5958	1887	555	1380

Außerdem wurden mehrere Einzelverträge mit Lichtbilddiensten vermittelt, von denen Genosse Graf 22 an 13 Orten und Genosse Woldt 3 an 3 Orten hielt.

Die Abrechnung des Bildungsausflusses über die Sanierkosten stellt sich wie folgt:

Einnahme:		Ausgabe:	
von den Dörfern	15 883,30 M.	An Honoraten	12 589,50 M.
Aus der Zentralkasse	6 057,-	- Dörfern	8 293,50
Diverse	330,-	- Fahrgeld	2 184,40
Bestand von 1910/11	614,90	- Gedächtnisport	359,60
		- Lichtbildberichtenfilien	286,50
		- Diverse	369,40
Summa	22 886,20 M.	Summa	21 982,90 M.
Es verbleibt ein Bestand von 293,30 M.			

Der Schriftenverkauf bei den Wanderfuren ist trotz der geringeren Zahl der Vorträge und Teilnehmer gegenüber dem Vorjahr etwas gestiegen. Von 58 Kurjen (gegen 55 im Vorjahr) mit 13 272 (11 277) Teilnehmern liegen nähere Angaben vor, und zwar wurden dabei 18 669 (11 584) Schriften im Gesamtwerte von 7325 Mk. verkauft. Die Wanderfure allein sind mit 14 395 Schriften an dem Gesamtumfang beteiligt. Bei den naturwissenschaftlichen und technischen Kurjen ist bisher ein plannmäßiger Schriftenverkauf noch nicht betrieben worden.

schaltung der Stichwahlen hat sich als untauglich erwiesen, daß freie politische Leben in Wahlen zu fördern. Es zwingt die Parteien, die trotz ihres größeren Anteils an den abgegebenen Stimmen in die Minorität gedrängt sind, schon im ersten Wahlgange zusammenzustehen, um das ihnen zugefügte Unrecht einigermaßen auszugleichen und eine Wahlreform im Sinne des Proposites vorzubereiten.“ Das Abkommen wurde bei den am 7. Februar 1912 vollzogenen Wahlen auch gehalten, aber trotzdem gelang es nicht, die Zentrumsmehrheit zu brechen. Gewählt wurden: 87 Zentrumabgeordnete, 35 Liberale und Unabhängige des deutschen Bauernbundes, 30 Sozialdemokraten, 4 Mitglieder des katholischen Bauernbundes und 7 Bund der Landwirte. Also das Zentrum allein ist mit seinen 87 Mandaten in dem aus 163 Abgeordneten bestehenden Landtag in der Mehrheit. Bei den meisten Fragen kann es auch noch auf die sieben Abgeordneten des Bundes der Landwirte rechnen. Unsere Genossen, die im alten Landtage 21 Mandate hatten, haben bei den Wahlen 9 Mandate gewonnen.

Neugewählt wurde auch der Landtag von Coburg-Gotha. In den vorherigen Landtagen hatten in den aus 19 Abgeordneten bestehenden Landtag in Gotha unsere Genossen sieben Sitze und in dem aus elf Abgeordneten bestehenden Landtag in Coburg einen Sitz. Die Wahlen sind indirekt. Bei den Wahlmänner- und Abgeordnetenwahlen erlangten unsere Genossen in Gotha in neun Bezirken die Mehrheit und in Coburg kamen sie in zwei Bezirken in Stichwahl, wobei sie in einem Bezirk die Mehrheit erlangten. Bei der Abgeordnetenwahl wurden jedoch statt 12, nur 11 Stimmen für Genossen Mörschner abgegeben. So entstand Stimmengleichheit. Durch Auslosung wurde der Gegner Gewinner des Mandates.

Von den einzelnen Nachwahlen sind herzoverzüglich:

Die Nachwahl für den Landtag, die infolge des Todes des Genossen Borgmann in Berlin V stattzufinden hatte. Genosse Borgmann war mit 303 gegen 207 Wahlmännerstimmen gewählt. Bei den Ersatzwahlen für ausgeschiedene Wahlmänner eroberten unsere Genossen eine Anzahl weiterer Mandate. Am 21. November wurde Abgeordneter Genosse Borchardt mit 314 gegen 166 Stimmen alsdann gewählt.

Bei einer Nachwahl in Wreslau, wo bei den Hauptwahlen für Genossen Löbe 307 Wahlmännerstimmen abgegeben waren, haben unsere Genossen 63 Wahlmänner mehr erhalten. Genosse Löbe erhielt 370, der Liberale Chiers 506 und der Kandidat der Konserватiver und des Zentrum 780 Stimmen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten ist im Laufe des Berichtsjahres um 38 auf 224 gestiegen. Keine Vertreter haben wir außer in den beiden Mecklenburg, wo es keine gewählten Landtage gibt, in Braunschweig, Schwerin, Sondershausen, Waldeck und Meuselwitz u. L. Die 224 Abgeordneten verteilen sich auf folgende Landtage:

Böhmen	30	Sachsen-Weiningen	9
Sachsen	26	Schwarzburg-Rudolstadt	9
Württemberg	20	Hessen	8
Brandenburg	20	Sachsen-Altenburg	7
Bremen	18	Preußen	6
Württemberg	18	Neuß. j. L.	5
Oldenburg	12	Sachsen-Weimar	4
Elsass-Lothringen	11	Anhalt	1
Gotha	9	Schaumburg-Lippe	1
		Ginne	1